# Klassenkampf

Im Zeichen der Einheitsfront-Aktion für die Wahl der Liste 3

**Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg**

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig | Halle, Montag, den 31. Oktober 1932 | 12. Jahrgang, Nr. 252


# 3. November: Reichs-Erwerbslosentag

## gen Unterstützungs- und Lohnabbau, für Arbeit und Brot, für den Sozialismus!

# Die Ketten gesprengt!

## Druckereimaschinen der „Roten Fahne" durch Massenprotest freigegeben

**Der Massenprotest hat seine Wirkung getan: Am Sonnabend abend entfernten Polizeibeamte Ketten und Siegel von der Rotationsmaschine der „Roten Fahne" im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin.**

Durch eine Maßnahme solche Stürme der Empörung ge- die Beschlagnahme unserer Rotationsmaschine unter dem daß vor einem Jahr (!) auf ihr Reichstagsreden und Schriften gedruckt worden waren, die man nachträglich als ürrisch deklariert. In seltener Einmütigkeit erhoben zahl- politische, kulturelle und wirtschaftliche Organisationen des im ganzen Reich entschiedenen Einspruch gegen diese Beschränkung der kommunistischen Wahlagitation — erst gen war auf dem Polizeipräsidium eine von der Sie- Konzernbelegschaft gewählte Delegation, darunter auch Freigewerkschaftler, erschienen mit der Auf- forderung, sofort die Rotationsmaschine freizugeben. Nach zehntägiger Beschlagnahme wird die „Rote Fahne" nunmehr wieder in ihrer eigenen Druckerei gedruckt werden.

Mit der aufgehobenen Beschlagnahme sind allerdings nicht die Unterdrückungsabsichten der Reaktion gegen die „Rote Fahne" beseitigt. Sie bestehen nach wie vor, und darum heißt es für alle Proletes, auf der Wacht zu sein.

Schützt euer Eigentum! Schützt eure Presse!

# 3 Jahre Zuchthaus für Thiele

**Massensturm gegen dieses ungeheuerliche Urteil!**

Die IG-Farbenindustrie hat ihr Opfer. Wie der Reichsgerichtsdienst des WTB meldet, ist am Sonnabend bereits vom 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig der Genosse Friedrich Thiele, roter Betriebsratsvorsitzender auf dem Griesheimwerk der IG, wegen Verrats „militärischer Geheimnisse" (!?) an eine fremde Macht (Sowjetunion) zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Bekanntlich wurde die Verhandlung unter hermetischem Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt. Die Urteilsbegründung besagt gar nichts. Das unglaubliche Urteil, das den ganzen Haß der IG-Farbenkönige gegen die Kommunisten Rechnung trägt, muß in allen IG-Betrieben besprochen werden. Ein Empörungssturm der Arbeiterschaft in den Betrieben muß Antwort an das IG-Kapital und seine Justiz sein. Dieses Racheurteil des IG-Kapitals darf nicht vollzogen werden!

# Feder mit der Presse der Arbeiterfeinde!

## Große Abschiedskundgebung unserer Sowjet-Ural-Delegation vor den Toren Leunas zum 15. Jahrestag der siegreichen russischen Revolution

(Eig. Bericht.) Merseburg, 31. Oktober.

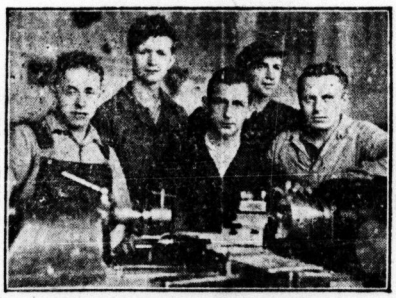
Zum gewaltigen Bekenntnis für den sozialis- Aufbau und den Sieg der proletarischen Diktatur zum Sowjetunion und zum erneuten Kampf gegen Hetze der Volks- und Sowjetfeinde gestaltete sich vor Beginn polizeilich gesperrte, überfüllte Kundgebung zum Abschluß des Wettbewerbs mit „Kubotschi" zur Ernennung der besten Werber, die Jahrestag nach dem Sowjetural fahren. Die äußerst Versammlung, das prachtvolle, hinreißende Spiel Agitatoren", die zündende Kampfrede des Paul Suhr — alles schuf eine herrliche Kampf- unter den Massen. Leider war kein Saal mehr in aufzutreiben, so daß viele hunderte Arbeiter Arbeiterinnen umkehren mußten. Die gewal- Kundgebung klang in einem Gelöbnis aus, alle Kraft ein- Schutze unseres proletarischen Vaterlandes, für den eine deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik und für überwältigenden Sieg der Liste 3 am 6. No-

Allen Teilen des Bezirks hatten die Politischen Zeitungs- unserer Presse Delegationen entsandt. Die anwe- politische politische Polizei glaubte wahrschein- einer Kundgebung die Namen der Rußland-Delegierten können. Sie hatte sich aber geirrt. Schon unserer zweiten Sowjetsondernummer stellte sich schon als ein überwältigender Erfolg heraus. Un- hat bei weitem nicht gereicht. Tau- Nachbestellungen liegen vor.

**Gestern abend sind bereits 20000 Ural-Sondernummern abgerechnet worden**

Einen ausführlichen Bericht über die Merseburger Massenkundgebung bringen wir später.

## Sie helfen mit!



Unsere Aufnahme zeigt eine Stoßbrigade deutscher Arbeiter der Fabrik Elektrosawod in Moskau, die zur neu aufgelegten Industrieanleihe zusammen 1000 Rubel zeichneten.

# Der Führer spricht in München!

## Riesenkundgebungen an Rhein und Ruhr gewaltiger Massenaufmarsch zur Thälmann-Versammlung in München!

(Eig. Drahtb.) München, 30. Oktober.

Bayerische Hauptstadt stand heute im großen Wahlkundgebung der Kommunistischen der Führer des revolutionären Proletariats, Ernst Thälmann sprach. Was sich in den in Essen, Dortmund und Düsseldorf eindrucks- bewies heute auch München. Dort, wo der revolutionären Freiheitspartei spricht, die werktätigen Massen in Marsch. Schon Stunden vor Beginn der Kundgebung drängten sich unübersehbare Massen vor den Toren des gewaltigen Gebäudes des Zirkus Krone. Nachdem die breiten Tore geöffnet wurden, war der große Versammlungsraum im Nu überfüllt. Immer neue Massen strömten zu. Auch zwei Parallelkundgebungen wurden wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen. Tausende standen auf den Straßen. Selbst die Polizei bemühte sich, weitere Versammlungslokale zu beschaffen, um die Massen von den Straßen zu bringen. Aber die großen Lokale waren bereits anderweit vergeben. Als Genosse Thälmann vor dem Zirkusgebäude eintraf, brach ein ungeheurer Begrüßungssturm los.

## Der Ausweg aus Not und Krise

Eingangs seiner Rede wies Genosse Thälmann auf die historische Bedeutung Münchens in dem Freiheitskampf des deutschen Proletariats hin. Genosse Thälmann gab anschauliche Beispiele von der Not und dem Elend der bayrischen Arbeiterschaft, vor allem auch der Kleinbauern.

Die Nationalsozialisten hatten unter den vielen Tausenden, die draußen auf den Straßen standen, ein Flugblatt verteilt, in dem gesagt wurde, daß der Genosse Thälmann sich im September 1930 unter falschem Namen im teuersten Hotel in Reichenhall herumgetrieben habe.

Unter großem Beifall der Versammelten entlarvte Genosse Thälmann diesen frechen Schwindel. Die Nazis hatten vergessen, daß im September 1930 die Reichstagswahlen waren. Es war deshalb dem Genossen Thälmann ein leichtes, nachzuweisen, wo er gerade in diesen Tagen, wo er in dem genannten Hotel geschlemmt haben sollte, Wahlkundgebungen abgehalten und daß er auch nach der Wahl im September, z. B. am 17. September, in der großen Funktionärkonferenz in Berlin gesprochen hatte.

Genosse Thälmann setzte sich anschließend daran mit der „Politik" der Nationalsozialisten gründlich auseinander.

Dann rechnete er mit den SPD-Führern ab.

Er wies besonders auf eine Rede des zweiten Vorsitzenden des ADGB, Graßmann, hin, die dieser zwei Tage vorher in München gehalten hatte und in der er u. a. auch sagte, daß die Kommunistische Partei keine deutsche Partei sei. Damit hat Graßmann der Reaktion das Stichwort zum Verbot der Partei, zur Kassierung der Mandate gegeben. Genosse Thälmann appellierte an die Massen zur Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen zum Kampf gegen Reaktion und den Faschismus.

Die Polizei hatte angeordnet, daß nachmittags um 7 Uhr die Versammlung beendet sein und der Saal geräumt werden müsse. Durch diese Polizeimaßnahmen wurde verhindert, daß die vielen Delegationen zum Wort kommen konnten. Es war in der Versammlung anwesend eine starke Delegation von Kleinbauern, die an den Genossen Thälmann fünf Fragen stellte. Durch die Maßnahmen der Polizei war es nicht möglich, diese fünf Fragen sofort zu beantworten. Genosse Thälmann wird die Beantwortung der Fragen in der kommunistischen Presse vornehmen.

Eine Anzahl Nationalsozialisten in voller Uniform war ebenfalls zur Versammlung erschienen. Sie wurden aber bei Eintritt in das Zirkusgebäude von der Polizei zurückgehalten.

Genosse Thälmann schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Rufe zur Einigung des Proletariats in Stadt und Land, zur Einheitsfront aller Werktätigen, zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion und Faschismus.

**Stimmenthaltung hilft Papen! Wählt! Wählt Kommunisten!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0001

# SPD-Arbeiter! Das ist der Unterschie

## Proletarischer Internationalismus: Kampf gegen Krieg und imperialistische Raubverträge

Vom ersten Tage des Bestehens des räuberischen Versailler Vertrages wandte sich die Kommunistische Internationale unter Führung Lenins gegen dieses imperialistische Diktat: „Die kommunistischen Arbeiter aller Länder empfinden die Versailler Friedensbedingungen als einen Schlag gegen das internationale Proletariat, als einen Anschlag, der nur mit vereinten Kräften der Proletarier aller Länder abgewendet werden kann. (Aufruf der Kommunistischen Internationale zum Versailler Friedensvertrag an die Werktätigen der ganzen Welt vom 15. Mai 1919.)

1924: Dawes-Plan. Die einzigen, die sich gegen diesen neuen Versklavungspakt wandten, waren wiederum die Kommunisten: „Der Dawes-Plan bedeutet wachsende Verelendung für die breiten Massen des deutschen Volkes ... Der Dawes-Plan verschärft die Weltkrise des Kapitalismus und reproduziert im Verlauf seiner Verwirklichung in Deutschland jede Krise auf erhöhter Stufenleiter." (Thesen der 6. Tagung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale.)

1929: Young-Pakt: „Dieser Young-Plan bedeutet auf Jahrzehnte hinaus eine doppelte schwere Belastung für die Arbeiterklasse, doppelte Ausbeutung und Aussaugung der werktätigen Massen durch das deutsche und internationale Kapital. Wir rufen auch von dieser Stelle aus das deutsche werktätige Volk zum schärfsten Abwehrkampf gegen den Young-Plan auf." (Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion am 3. Oktober 1929.)

1930: Proklamation des ZK der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung: „Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands ... Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem ... gegen den Feind im eigenen Land ... zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen."

Heute, im Augenblick wildester imperialistischer Kriegstreibereien der Imperialisten Frankreichs und Deutschlands erheben die Kommunisten beider Länder die Fahne des proletarischen Internationalismus: „Die Imperialisten in Deutschland und Frankreich rüsten zum Kriege ... Angesichts dieser Bedrohung der Arbeiter und Bauern erheben wir, die Kommunisten Deutschlands und Frankreichs stärker denn je das Wort Liebknechts zu unserer Losung: „Der Feind steht im eigenen Land!" ... Nieder mit Versailles, nieder mit dem imperialistischen Krieg!" (Aus der gemeinsamen Proklamation der Kommunisten Deutschlands und Frankreichs gegen Krieg und Versailles.)

## Chauvinistische Kriegshetze und Verteidigung der räuberischen Verträge

Unter dem Versailler Raubvertrag befinden sich die Unterten sowohl der sozialdemokratischen Führer Deutschlands wie auch d mächte, Hermann Müller und Vandervelde. Nie darf das deutsche Prole gessen, daß von den konterrevolutionären Truppen Noskes als Ge die Erfüllung des Versailler Vertrages die großen Revolutionäre der deutschen Arbe Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, getötet wurden.

Die sozialdemokratischen Führer jubelten dem Dawes-Pla erzählten der deutschen Arbeiterschaft, der Dawes-Plan bringe ihnen die „Dollar und einen „neuen Wiederaufstieg zum Wohlstand".

Als der Young-Plan kam, erklärte der „Vorwärts" wörtlich, dieser deute „eine neue Aera des Weltfriedens und der Menschgeschichte", und in tausenden Flugblättern schwindelte die SPD den arbeitenden vor: „Fort, so rufen sie, mit dem Young-Plan, der dem deutschen Volke eine Erleichte jährlich 800 Millionen bringt." (Aus einem Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD in Le 14. Dezember 1929.)

1932 schloß die Regierung Papen den Lausanner Vertrag ab, welchen die Tributlasten in Höhe von drei Milliarden Mark bestehen bleiben. Die So kratische Partei erklärte im „Vorwärts": „Es zeigt sich, daß Papen keine Reparationspolitik treiben kann, als sie von der Sozialdem in allden Jahren empfohlen wurde."

Heute heulen die sozialdemokratischen Führer gegen den der französischen und deutschen Kommunisten auf, schreien über „Nationalsozialismus", verleumden auf das gemeinste den kommunistischen Kampf gegen den listischen Krieg und gegen Versailles, der im Geiste des proletarischen Internationalis den Kommunisten aller Länder geführt wird.

Gleichzeitig machen die sozialdemokratischen Führer in wilder chauvinistische hetze und Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes: „Wir lassen uns an landsliebe auch von den Leuten nicht übertreffen, die das Vatel den Patriotismus ständig auf der Zunge haben. Wir sind immer dabei, wenn wir da land wirtschaftlich und politisch stärken können ... Als der Krieg endlich sein Ende waren wir es wieder, die Opfer auf Opfer für den Wiederaufb Vaterlandes gebracht haben." (Otto Wels in Kottbus, nach dem Bericht d demokratischen „Volksfreund".)

**Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß die Kommunisten stets in brüderlicher Verbundenheit mit ihren Genossen in allen Ländern ge imperialistischen Kriegs- und Raubverträge gekämpft haben. Die Sozialdemokratische Partei aber, die von 1914 bis 1918 den imperialistischen unterstützte, verteidigt auch heute mit Zähnen und Klauen die imperialistischen Raubverträge, das Versailler System, und läßt sich von den Natio „die den Patriotismus ständig auf der Zunge haben", in der Hetze zum neuen imperialistischen Krieg „nicht übertreffen".**

# Wer gegen Krieg und Versailles ist, stimmt am 6. November für Lis

## Braun-Mord!

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 31. Oktober.

Gestern unternahmen die Nazis in Hamburg in den Stadtteilen Hammerbrok Terroraktionen gegen die Arbeiterviertel. Dabei schoß die SA mehrfach, und zahlreiche Arbeiter, darunter auch Reichsbanner-Arbeiter, wurden schwer verwundet. U. a. wurde der Arbeiter Heinrich Schwarz durch Bauchschuß schwer verletzt. Die Reichsbannerleitung meldet offiziell einen Schwerverletzten und eine Anzahl Leichtverletzte. Auch von den Nazis sollen eine Anzahl verletzt worden sein.

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 31. Oktober.

In Duisburg-Meiderich verteilten gestern Nazis Flugblätter. Ein Arbeiter verweigerte die Annahme eines Flugblattes, worauf die Nazis auf ihn schossen. Die Schüsse verfehlten ihr Ziel, jedoch wurde ein 13jähriger Junge namens Nikolaus Hoffmann von den Nazis erschossen. 18 Nazis mußten verhaftet werden.

## Erfolgreiche Streiks!

In der Druckerei des „Harburger Anzeiger" führte die Belegschaft einen zweitägigen Streik durch, weil die Geschäftsleitung die übertariflichen Löhne vollständig abbauen wollte. Tens wurde eingesetzt, die einen Fahrstuhl ruinierte und auch die Rotationsmaschine in Brand laufen ließ, wodurch die Zeitung nicht einmal in Notausgabe am 24. Oktober herauskommen konnte. Trotz dieses günstigen Standes des Streiks haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Abbruch des Streiks durchgesetzt, als die Firma den Abbau der übertariflichen Löhne auf 50 Prozent bestimmte.

Der Streik der Belegschaft der Reißverschluß-Werke (RiRi) in Wuppertal konnte am 22. Oktober mit einem vollen Erfolg beendet werden. Die Werkleitung hatte den Lohnabbau restlos zurückgenommen. Dieser Erfolg der Belegschaft wurde unter Führung der oppositionellen Streikleitung und der RGO errungen.

## Streik im Arbeitsdienstlager

(Arbeiterkorrespondenz)

Im freiwilligen Arbeitslager Pretzsch sollte ein junger Arbeiter entlassen werden, weil er sich gegen den Militärdienst gewandt hatte. Die Antwort darauf war der geschlossene Streik. Es wurde verlangt: Zurücknahme der Entlassung, Wegfall des militärischen Dienstes und Erhöhung des Tagessatzes von 1,75 auf 2 Mark.

Die Jungarbeiter zogen vor das Rathaus mit geschulterten Spaten, auf denen das Wort „Streik!" geschrieben stand.

Nach halbtägigem Streik wurden alle Forderungen bewilligt. Unter den Streikenden befanden sich 6 Kommunisten, 5 Sozialdemokraten und 6 Nationalsozialisten. Der Streiksieg wurde in glänzender Einheitsfrontaktion errungen.

## SPD und Nazis für Papen-Steuern

(Arbeiterkorrespondenz)

In der letzten Gemeindevertretersitzung in Crossen wurde die Erhöhung der Bürgersteuer von 300 auf 500 Prozent beschlossen. Nazis und der SPD-Amtsvorsteher Böttcher sprachen zunächst gegen die Erhöhung; bei der Abstimmung stimmten sie aber dafür.

Besser konnten sich Nazis und Sozialdemokraten mit ihrer Papen-Politik nicht entlarven.

## SPD-Parteihaus als Streikbruch-Zentr

### Nach Grube „Siegfried", nach Torgau, jetzt auch Leipzig! Ein neues Schandstück der Refor

(Eig. Bericht.) Leipzig, 29. Oktober.

In Leipzig streiken zirka 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Tittel & Krüger. Die Direktion will einen neuen Lohnabbau vornehmen, dem die sozialdemokratischen Führer des Textilarbeiterverbandes ihre Zustimmung gegeben haben.

Vom ersten Streiktage an organisierten die SPD-Führer den Streikbruch. Am 28. Oktober konnten Streikende bestimmt feststellen, daß ein Auto der Firma Tittel & Krüger vor dem Leipziger Parteihaus der SPD, dem sogenannten „Volkshaus", hielt. 20 bis 25 Streikbrecherinnen kamen aus dem Volkshaus, wurden ins Auto verladen und unter Bewachung eines Reichsbannermannes in die Fabrik gefahren.

Am 27. Oktober gingen sozialdemokratische Arbeiterinnen zum Verbandsbüro des Textilarbeiterverbandes, um dort Streikunterstützung anzufordern. Von den Textilarbeiterbürokraten wurde ihnen erklärt, sie sollen sich an die RGO wenden. Der Streik sei ein wilder Streik. Als die Arbeiter den Büro pört erklärten, daß sie streiken, daß sie aus dem Betri seien, um sich nicht noch einmal 15 Prozent Lohn abziehe

legte der Verbandsbürokrat den Arbeitern Revers vor, indem sie erklären sollten, daß Arbeit wieder aufnehmen wollen, da sie du RGO an der Arbeit gehindert worden wäre Arbeiter haben eine solche Unterschrift zurückgewiesen.

Wir prangern vor der gesamten Arbeiterschaft Deutsch sen neuen Schurkenstreich der sozialdemokratischen Gew führer an. Denn was wollen sie mit solchen Revers erpressen suchten? Sie wollen damit der Pol sozialdemokratischen Polizeipräsidenten der das Material geben, um mit verschärften Ge satz, mit Verhaftung von Streikführern usw. gegen die S vorgehen zu können.

Die SPD-Führer organisieren systematisch den Sta den Arbeiterkämpfen, weil sie, wie Tarnow wörtlich Papen-Programm „eine Chance" geben und rend die RGO den Arbeitern eine treue ist und die Kommunistische Partei mit aller Kraft bis Arbeiter unterstützt und auf Hunderte von siegreichen Streiks hinweisen kann, sucht die SPD-Führerschaft mit teln den Unternehmern zu helfen.

Arbeiter, denkt daran, wer euch in den Kämpfen Unterstützungen und Lohn unterstützt hat! Um diese euch! Stärkt durch ein Millionenbekenntnis für die Kom Partei, für Liste 3, die Einheitsfront des Kam das Kapital!

## „Volksgenossen" gesucht!

Die Monarchisten wittern Morgenluft in Deutschland. Die Fürstenparade in Koburg, bei der die Reichswehr, Hitlers SA und Hugenbergs Stahlhelm die Paradetruppen stellten, hat ihnen neue Hoffnung gegeben. Ihre größte Hoffnung aber ist Hitler, ist die Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter"-Partei.

Einem Berliner Montagsblatt zufolge hat der deutschnationale Rechtsanwalt Snerling erklärt, daß „er glaube, bei einer geheimen Volksabstimmung über eine Staatsform würde sich die Mehrheit des deutschen Volkes für die Monarchie" entscheiden.

Die Hoffnungen des Monarchistenvertreters gründen sich vor allem auf die Millionen Hitler-Anhänger. „Volksgenossen" suchen die Volksbetrüger vom Hakenkreuz, die angeblich gegen die „feinen Leute" kämpfen, in Wirklichkeit den Heerbann der Monarchisten stellen.

Schluß mit dieser „Arbeiter"-Partei! Naziproleten, her zu uns! Am 6. November in unseren Reihen, für die Liste 3!

## 30 sozialdemokratische Arbeiter zu übergetreten

(Eig. Drahtber.) Stuttgart, 27.

In der öffentlichen Wahlversammlung der KPD in (Württemberg) erklärte der Staffelführer der „Eiser aus Betzingen den gemeinsamen Uebertritt seiner 30 M Schutztaffel zur Kommunistischen Partei. Die übergetre zialdemokratischen Arbeiter begründeten ihren Schritt sie erkannt haben, daß die SPD-Führer nicht die Ar Arbeiter vertreten.

## Schwere SPD- und Nazi-Pleiten in

Am gestrigen Sonnabend und Sonntag [illegible] Welle kommunistischer Versammlungen [illegible] munisten und parteilose Arbeiter auf be unseren Flugblättern und Broschüren. Fast überall [illegible] begeisterte Berichte über überfüllte Ka gen und glänzende Aufnahme unseres Aufklärungsma

Ganz anders ist es bei der SPD und bei den Na dem blamablen Empfang Hitlers in Halle. [illegible] ders die Nazis im Bezirk fast nirgends mehr Mitglie eine Naziversammlung, die am 28. Oktober in burg stattfand. In dieser Versammlung wurde [illegible] sammlungsleiter, als er frech wurde, einfach abgeb weitersprechen wollte, machten donnernde „Ra Rufe und das Absingen der „Internationale Nazisputt in dieser Versammlung ein Ende. [illegible] lich kam die Polizei den Hakenkreuzern dadurch zu H die Versammlung kurzerhand auflöste.

**Vorwärts in dieser Woche mit aller Kraft Sieg der Liste 3!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0002

# 10 Jahre „Drittes Reich" in Italien

## Das Jubiläum maßlosen Elends und blutigster Unterdrückung der Werktätigen

Mussolini und das italienische Finanzkapital — und Hitler — werden den zehnten Jahrestag der faschistischen Diktatur. Das klingende Spiel faschistischer Paraden, chauvinistische Kriegsreden und lauten sollen das Stöhnen der von der Wirtschaftskrise und von faschistischen Diktatur gepeitschten Massen der Arbeiter und der werktätigen Bauern übertönen. Mussolini redet in Mailand, in Neapel und in Rom; überall, wo er hinkommt, schließen die Unternehmer die Betriebe und fordern die Arbeiter bei Strafe der Entlassung auf, an der Empfangskundgebung teilzunehmen.

Aber alle diese Feiern, Paraden, der ganze Phrasendrusch können nicht das wahre Fazit der zehn Jahre faschistischer Henkerherrschaft in Italien verhüllen. Als Mussolini vor zehn Jahren den Auftrag der Bourgeoisie die Regierungsmacht übernahm, da versprach er genau so wie heute Hitler, daß an Stelle des Klassenkampfes die „wahre Volksgemeinschaft" treten werde, daß die Arbeiter „in Wohlstand und Frieden" leben könnten, daß „der italienische Boden allen Italienern Brot" geben und „die Agrarkrise bald beseitigt" sein wird.

Man möge alle Reden Mussolinis in diesen Tagen — und sie sind zahlreich wie Sand am Meer — durchlesen und einmal danach prüfen, ob er auch nur in einem einzigen Punkte imstande ist, seine Versprechungen zu wiederholen. Nicht in einer einzigen Rede wagt er von diesen verlogenen faschistischen Versprechungen vor der Öffentlichkeit zu reden. Bei den Feiern und Reden Mussolinis ist durchweg folgende drei Erscheinungen allgemein zu beobachten:

1. Ueber die innere Lage des Landes und über die Lage der werktätigen Bevölkerung wird kein Wort verloren.
2. In allen Reden wird eine schamlose chauvinistische Kriegshetze getrieben, die den imperialistischen Expansionsbestrebungen des italienischen Finanzkapitals entspricht und die ablenken von den katastrophalen Auswirkungen der faschistischen Diktatur, von ihrer Elendslage ablenken soll.
3. Vor und nach jeder Feier, sei es in Turin, Mailand oder Rom, finden polizeiliche Durchsuchungen der Arbeiterviertel statt, und Hunderte von antifaschistischen Arbeitern werden verhaftet.

Nun, es läßt sich gut denken, daß Mussolini es lieber vorzieht, nicht über das zu sprechen, was die faschistische Diktatur „geleistet" hat. Denn diese „Leistungen" bestehen darin, daß auf die werktätigen Massen maßloses Elend gehäuft worden ist. Die Lage der italienischen Arbeiter sind im Laufe der zehn Jahre — sage und schreibe — 70 Prozent gefallen. Ein Lohn von 80 Pf. pro Stunde gilt schon als sehr hoch, gar nicht zu reden von der Lage der Landarbeiter, deren täglicher Lohn im Durchschnitt 80 Pf. bis 1 Mark für 10, 12 und mehr Stunden Arbeit beträgt. In den letzten drei Jahren allein hat sich die Arbeitslosigkeit verdreifacht. Wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß nur ein geringer Teil der Arbeitslosen überhaupt durch Statistiken erfaßt wird. Ende September gab es in Italien 900 000 statistisch erfaßte Arbeitslose (in Wirklichkeit sind es mindestens doppelt so viel, denn die Tagelöhner auf dem Lande werden überhaupt nicht gezählt), davon erhalten nur 279 000 irgendwelche Unterstützung. Die Währung ist aufs schwerste erschüttert und kann nur durch ungeheure Interventionen gehalten werden. Die Verteidigung des Währungsstandes kostete die Bank Italien 2 Milliarden Lire. Erst in den letzten Tagen sind eine Reihe von Banken zusammengebrochen, so in Genua die Banca Credito Busseiana, bei der insbesondere die armen ihre Ersparnisse anlegten, und die Banca Lito Reana in Neapel.

Die Agrarkrise wütet unter der Landbevölkerung. Die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft hat eine noch nie gekannte Höhe erreicht, die kleinen und mittleren Bauernwirtschaften fallen immer mehr dem Ruin anheim. Infolge der Verarmung der kleinen und mittleren Bauern hat die Masse der Tagelöhner zugenommen, während gleichzeitig die Lebenshaltung aller Tagelöhner ständig gesunken ist.

Es geben übrigens die faschistischen Führer selbst zu, wenn sie sich nicht gerade in rauschenden Festen befinden. Der neuernannte Korporationsminister Rossini, wie Mussolini selbst ehemaliger Sozialdemokrat, hielt kürzlich einen Vortrag über das Thema „Wie der Faschismus den Arbeitern das Vaterland zurückgab". Man höre, wie sich die „Vaterlandsliebe" der Arbeiter in Italien nach den Ansichten Rossonis äußern muß: **„Der Lohn fällt nicht vom Himmel — so erklärte Rossoni —, er kommt aus den Betrieben. Wenn die Betriebe nicht imstande sind, einen bestimmten Lohnsatz zu zahlen, muß er unvermeidlicher Weise herabgesetzt werden. Die arbeitenden Massen müssen aber die Notwendigkeit der Opfer einsehen, die sie zu tragen haben."** Man kann sich denken, daß den Unternehmern eine solche Theorie außerordentlich gut gefällt. Mussolini hat einen Trost für die Arbeiter: Er äußerte in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Kölnischen Zeitung", Hiltebrandt, wörtlich: **„Das italienische Volk ist noch nicht überzivilisiert und es ist in seinen Ansprüchen bescheidener als andere Völker. Außerdem haben wir die Sonne (!). In seiner Sonne kann das italienische Volk Not und Elend leichter ertragen, als Völker, denen sie fehlt."**

Der italienische Arbeiter und Bauer scheint sich allerdings nicht mit der Sonne zu begnügen, denn trotz des Wütens des faschistischen Terrors, trotz der Zerschlagung aller Klassenorganisationen — und doch besteht und kämpft die Kommunistische Partei! — finden fast täglich in irgendwelchen Teilen Italiens Kämpfe der Arbeiter und Bauern, sogar Streiks und Bauerndemonstrationen statt, die stets blutig unterdrückt werden.

Ueber all diese Dinge hat Mussolini in seinen Festreden nicht gesprochen. Dafür aber entbrannte er in heiligem Eifer, wenn er die Kriegsziele des italienischen Imperialismus verkündete. Das ging so weit, daß in Mailand einer der Faschistenführer in den vordersten Reihen der Zuhörer bei Mussolinis Rede in den begeisterten Ruf ausbrach: „Auf nach Paris!" Die Zehnjahrfeiern der faschistischen Henkerdiktatur stehen im Zeichen der gewaltigen Zuspitzung der französisch-italienischen Gegensätze. Der italienische Imperialismus fühlt sich durch den Versailler Vertrag betrogen um die Beute des letzten Krieges. Er fordert Kolonien, er fordert Tunis, er protestiert gegen die Vormachtstellung seines französischen Rivalen, denn er will diese Vormachtstellung selber besitzen. Die Kriegshetze Mussolinis hat einen realen Hintergrund. Sie ist die zweite Seite der faschistischen Diktatur in Italien, die dem werktätigen Volk nicht nur unerträgliche Lasten aufbürdet, sondern es auch auf die Schlachtbank für die Profitinteressen der Bankiers und Großindustriellen führen will.

Heute bereitet Mussolini eine Amnestie für die sozialdemokratischen Führer vor, die man in noch breiterem Rahmen der faschistischen Diktatur dienstbar machen will. Zehn Jahre faschistische Diktatur in Italien sind eine teuer erkaufte Lehre auch für die deutschen Arbeiter. Sie entlarven die verlogene Demagogie der deutschen Hitlerfaschisten, sie mahnen die Arbeiter, ihre feste unüberwindliche Einheitsfront zu schmieden, die eine Einheitsfront nicht der Kapitulation, wie sie die sozialdemokratischen Führer wollen, sondern eine Einheitsfront des kämpfenden Klassenkampfes sein muß.

# Das sind Errungenschaften!

## Zahlen, die eine Welt bedeuten / Beste Sozialversicherung der Welt in der Sowjetunion

**Hunderte Fälle kann jeder von euch, der dies liest, aufzählen, hunderte Fälle, in denen ihr zwar Jahre oder Jahrzehnte Krankenkassenbeiträge gezahlt habt, aber jetzt, wenn ihr krank seid, nur eine schäbige Notbehandlung und ungenügende Arzneien erhaltet. Das gibt es in der Sowjetunion nicht.**

**Dort brauchen die Arbeiter keinen Pfennig Beitrag für die Sozialversicherung zu bezahlen. Die gesamte Sozialversicherung wird finanziell von dem Betrieb getragen. Aber die Betriebsleitungen haben nicht den geringsten Einfluß auf die Verwaltung. Vielmehr liegt die Verwaltung des Versicherungswesens in den Händen der Arbeiter selbst.**

**Wer krank und somit arbeitsunfähig wird, erhält eine Unterstützung in Höhe des vollen Arbeitslohnes. Da gibt es keine Wartezeit. Da gibt es keine Gebühren für Kassenscheine oder Medizin. Jeder Kranke erhält unentgeltlich ärztliche und medizinische Hilfeleistung für sich und seine Familienmitglieder.**

**1923 waren in der Sowjetunion 5 Millionen von der Sozialversicherung erfaßt. Heute sind es bereits 20 Millionen (während in Deutschland die Zahl der versicherten Arbeiter und Angestellten von 19 Millionen im Jahre 1925 auf 15 Millionen Anfang 1932 gefallen ist).**

**Ungeheures leistet die Sozialversicherung der Sowjetunion. Sie hat im vergangenen Jahre nicht weniger als 2 300 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Sanatorien und Erholungsheimen untergebracht. Sie hat 1924 pro Kopf des Versicherten etwa 70 Rubel ausgegeben, 1931 aber schon fast 150 Rubel. In derselben Zeit hat in Deutschland der Sozialdemokrat Wissell mit dem Abbau begonnen, hat Brüning ihn fortgesetzt, wollen Papen-Schleicher ihn vollenden.**

**Hört, Arbeiterinnen und weibliche Angestellte! Jede Frau, die in der Sowjetunion Mutter wird, erhält einen Urlaub von acht Wochen (bei Angestellten sechs Wochen) vor und nach der Entbindung bei Weiterzahlung des vollen Lohnes. Neun Monate lang werden betriebliche Stillpausen und Stillprämien von 36 bis 72 Rubel gewährt. Ein dichtes Netz von Kinderkrippen, Kinderheimen, Kindersanatorien überzieht die ganze Sowjetunion. So wächst ein junges, gesundes, freudiges Geschlecht heran.**

**Das alles wurde erreicht trotz der nicht geringen Schwierigkeiten, die sich dem sozialistischen Aufbau in den Weg stellen.**

**Das alles wurde erreicht, weil in Sowjetrußland die Kommunisten regieren. Das alles wird auch in Deutschland erreicht, wenn die Arbeiter und armen Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei siegen und das kapitalistische Deutschland in ein sozialistisches Deutschland verwandeln.**

**Darum bekennt euch alle zu uns, den Kommunisten!**

**Darum wählt alle Liste 3!**

## Belagerungszustand in Panama

**Panama-City**, 28. Oktober. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge demonstrierte unter Führung des Mieterverbandes vor dem Parlamentsgebäude gegen ein reaktionäres Wohnungsgesetz, das im Parlament durchgepeitscht werden sollte. Die Massen versuchten schließlich, das Parlamentsgebäude zu stürmen, nachdem der Empfang einer Deputation von den Abgeordneten abgelehnt worden war.

Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden.

Schapowalow:

# ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4)

Fortsetzung

Während meiner Krankheit entwickelten sich die Ereignisse in ungeheurer Geschwindigkeit. Besonders Südrußland war die Arena elementaren Massenbewegung der Arbeiter überflutet. Die Arbeiterbewegung beeinflußte auch die Bauern. Zur Unterdrückung der Bauernunruhen im Charkower und Poltawer Gouvernement bekam der Minister Plehwe den Segen vom Abt des Kiewer Höhlenklosters.

Es sich immer mehr verbreitende elementare revolutionäre Welle äußerte sich zu Beginn 1903 in dem großen Streik in Rostow am Don. Die Demonstrationen, die schon 1902 begannen, verbreiteten sich, wie es in Rostow zu beobachten war, in grandiose Massenmärsche, an denen zwanzig- bis dreißigtausend Menschen teilnahmen.

Zur Zeit, als dies alles vor sich ging, war ich durch Krankheit gezwungen, mich von der Bewegung abseits zu halten. Traf ich den Genossen Karpow, Njewjotow und Krisjanowskij zusammen, so bemerkte ich ihre mitleidigen Blicke, die einem Schwerkranken galten, der wohl gezwungen sein wird, für immer aus dem revolutionären Kampf auszuscheiden. Ich aber ließ mich nicht entmutigen, um ganz gesund zu werden.

Einen Monat später, als ich von der Krim zurückgekehrt war, gelang ich dank einer Sammlung des Genossen Ponomarjenko bei den sympathisierenden Studenten (100 Rubel) fahren und konnte einer Moorbehandlung unterziehen konnte, — konstatierte ich plötzlich, während eines Spazierganges mit Ponomarjenko und Palaschok, daß ich ohne Stock gehen konnte.

„Schauen Sie nur", sagte Palaschok, „schauen Sie nur, Alexej Fedorowitsch ist gesund geworden!"

„Das stimmt. Er geht schon wie ein ganz Gesunder, ohne sich auf den Stock zu stützen, und geht's so weiter, so wird er sich nicht lange zurückhalten lassen, um sich wieder an der revolutionären Bewegung zu beteiligen."

Ich entschloß mich, wieder an der revolutionären Arbeit teilzunehmen und übersiedelte von Palaschok in die Bolschaja-Walstijkowskaja-Straße, an der Peripherie der Stadt, in ein kleines feuchtes Proletenzimmer. Durch Karpow und Ljewschuk lernte ich Genossen Ljwow-Rogatschewskij kennen. Er war Intellektueller, Jurist, glänzender Agitator, der sich während des großen Streiks im Süden, welcher sich auch in Kiew ausbreitete, betätigte. Als die Kiewer Eisenbahnarbeiter auf die Straße gingen, hielt er vor dieser zufälligen, tausend Köpfe zählenden Arbeiterversammlung eine flammende revolutionäre Rede. Er machte den Eindruck eines sehr guten Genossen.

Da Genosse Karpow mich als erfahrenen Revolutionär, der schon in Petersburg gearbeitet hatte und sogar nach Sibirien verbannt gewesen war, empfahl, wurde ich in das Kiewer Parteikomitee „kooptiert".

„Es wäre vielleicht besser, wenn ich, bevor ich ins Parteikomitee komme, zuerst in den unteren Organisationen arbeite und die fortschrittlichen Arbeiter, die Stimmung der breiten Arbeitermassen kennenlerne", sagte ich.

„Ja, Sie haben recht", antwortete Rogatschewskij. „Sagen Sie bitte, ist das wahr, daß Sie Wladjimir Iljitsch Uljanow kennen? Sie sollen sogar mit ihm zusammen in der Verbannung gewesen sein? Ist es wahr, daß er Menschen, die eben so klug und begabt sind, wie er, neben sich nicht duldet? Ist es wahr, daß er ein Mensch ist, der, um die Macht in seinen Händen zu behalten, nicht davor zurückschrecken würde, die Partei zu spalten? Was erzählte man sich bei Ihnen in Sibirien über Julian Ossipowitsch Zederbaum?"

„Zum ersten Male höre ich, daß man von Wladjimir Iljitsch als von einem Menschen spricht, der ausschließlich die Interessen eines persönlichen Ehrgeizes vertritt", erwiderte ich. „Ich hörte von Genossen, Mitgliedern seines Zirkels, gerade das Gegenteil. Alle sagten, daß Wladjimir Iljitsch seine persönlichen Interessen und die Interessen anderer den Interessen der Revolution und der Arbeiterklasse vollständig unterordnet. Sie fragen, ob er Menschen, die ebenso klug und begabt sind wie er, neben sich duldet? Ebenso, wie sich in jedem Zirkel derjenige hervortut, der diesen Zirkel begründet, war es auch, so glaube ich, in dem Zirkel Wladjimir Iljitschs der Fall. Alle Mitglieder seines Zirkels, die in Sibirien lebten, sprachen über Wladjimir Iljitsch als über den Führer dieses Zirkels. Kein Mensch redete auch nur ein Wort darüber, daß Zederbaum dort dieselbe Rolle spielte wie Wladjimir Iljitsch. Warum fragen Sie übrigens danach? Ist denn zwischen den beiden etwas vorgefallen?"

„Ja, es sind Genossen aus dem Auslande gekommen, die sehr beunruhigende Gerüchte verbreiten . . . Eine der wichtigsten ihrer Aussagen widerspricht dem, was Sie gerade erzählt haben. Die Gerüchte geben die Schuld an allem Wladjimir Iljitsch. Uebrigens kommen diese Aussagen aus sicherer Quelle. Vielleicht wird es sich aber herausstellen, daß das alles nicht stimmt."

Ich verabschiedete mich von Rogatschewskij und kam mit ihm nicht mehr zusammen. Augenscheinlich war er infolge der hartnäckigen polizeilichen Beobachtung gezwungen, gemeinsam mit Genossen Karpow Kiew zu verlassen. Es gelang ihm nicht, mir die notwendigen Verbindungen mit den Arbeitern herzustellen. An seine Stelle kam ein gewisser Berditschewskij, der gerade vom Ausland zurückgekehrt war und der kurze Zeit nachher sich in einen wütenden Menschewiki verwandelte. Aus seinen Worten war es mir klar, daß er, wie auch ein junges Mädchen, das sehr bald nach seiner Ankunft aus der Schweiz nach Kiew kam, von Axelrod geschickt waren, der von dem Augenblick an, als die Vorzeichen einer Spaltung sich zeigten, die Organisationen in Rußland mit seinen Anhängern überflutete. Berditschewskij verhielt sich mißtrauisch, ja sogar feindselig Lenin gegenüber, sympathisierte aber mit Axelrod.

„Warum sind Sie gerade nach Kiew gekommen?" fragte ich das junge Mädchen, das aus der Schweiz gekommen war und Alisja hieß.

„Weil man in der Schweiz die Kiewer Organisation für mustergültig hält und der Meinung ist, daß man durch sie sehr viel lernen kann, Genosse Ilja (so wurde ich in Kiew genannt)."

„Das ist sehr merkwürdig", antwortete ich. „Wahrscheinlich beurteilt man unsere Organisation nach der Bewegung zu Beginn des Jahres, die im Sommer, im Juli, besonders stark war, als in Kiew der Generalstreik ausbrach und auf dem Kreschatjik und in anderen Straßen das Militär in die Massen schoß. Jetzt steht die Sache aber ganz anders . . . Sie wissen doch, daß die ganze Kiewer Organisation aus 12 bis 15 Arbeitern besteht, die nicht verhaftet wurden, daß in der Arbeitermasse eine gedrückte Stimmung herrscht und daß es einer ungeheuren Arbeit bedarf, um die Kräfte zu sammeln und die Kampfstimmung der breiten Arbeitermasse zu heben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0003

# Beschluß der Parteikonferenz

## über die Beteiligung der Kommunisten am Volksbegehren gegen die Papen-Notverordnung

Die Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, die sich zum überwiegenden Teil aus den Vertretern der wichtigsten Betriebe Deutschlands zusammensetzt, wendet sich an die Arbeitermassen in Stadt und Land, an die Belegschaften der Betriebe und die Erwerbslosen auf den Stempelstellen mit dem Appell, den begonnenen Kampf gegen die neue Hungeroffensive der Bourgeoisie fortzusetzen. Außerparlamentarische Kämpfe allein, nicht Parlamentsentscheidungen, nicht Volksbegehren oder Volksentscheid können die Existenz der Werktätigen gegen die Anschläge des Klassenfeindes verteidigen.

Die Einleitung des Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der letzten Papen-Notverordnung durch die Sozialdemokratie war ein Versuch, die Massen vom wirklichen Kampf und von Streiks gegen den Lohnraub und die Zerschlagung der sozialen Errungenschaften ebenso abzulenken, wie die SPD-Führer nach dem Staatsstreich am 20. Juli ihre eigenen Anhänger auf den Staatsgerichtshof oder die Reichstagswahl vertrösteten.

Die Massen des deutschen Proletariats, die Arbeiter der Betriebe haben sich nicht abhalten lassen, mit der scharfen Waffe des Streiks auf den Lohnraub zu antworten, haben sich nicht auf ein Volksbegehren oder einen Volksentscheid vertrösten lassen, der — wenn überhaupt — frühestens im kommenden Frühjahr stattfinden wird.

Die Parteikonferenz der KPD unterstreicht diese Tatsache, durch die die reformistische Lüge, wonach erfolgreiche Streiks in der Krise unmöglich seien, ein für allemal widerlegt ist. Die Parteikonferenz brandmarkt zugleich die demagogische Hetze der SPD-Presse, als ob die Stellungnahme der Kommunisten gegen die Politik der SPD-Führer, die ein Volksbegehren nur zur Ablenkung der Massen vom Streikkampf ankündigten, die Nichtteilnahme der Kommunisten an einem solchen Volksbegehren im Falle seines Zustandekommens bedeute.

Die Parteikonferenz der KPD weist gegenüber diesem Betrugsversuch der SPD-Führer auf das Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD vom 17. September 1932 hin, wo es u. a. heißt:

„Diese Entlarvung des Volksbegehrens der SPD als Ablenkungsmanöver schließt keineswegs aus, daß wir — falls es zu irgendeinem Zeitpunkt zu irgendeinem Volksentscheid über das Volksbegehren der SPD käme — uns dafür erklären würden. Es bedeutet keine große Schwierigkeit, den sozialdemokratischen Arbeitern klarzumachen, daß die Frage des heutigen Lohnraubs nicht in vier Monaten durch parlamentarische Manöver, sondern heute bereits durch den Massenkampf beantwortet werden muß."

Entsprechend dieser Stellungnahme des Zentralkomitees erklärt die Parteikonferenz der KPD vor der gesamten proletarischen Oeffentlichkeit: Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papen-Regierung oder gegen einen Teil derselben kommt,

**wird die Kommunistische Partei Deutschlands sich mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid einsetzen.**

Die KPD wird dabei die Massen vor parlamentarisch-demokratischen Illusionen warnen und die Kampagne des Volksbegehrens zur Massenmobilisierung für den unmittelbaren Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in den Betrieben und bei den Erwerbslosen benutzen.

Die KPD ruft die deutsche Arbeiterschaft auf, in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und überall, wo die Arbeiter vereinigt sind, Einheitsfrontkomitees zu bilden, um durch Streiks und außerparlamentarische Massenmobilisation für die Teilnahme am Volksbegehren und Volksentscheid den einheitlichen Kampf gegen Notverordnungen, Lohn- und Unterstützungsraub zu führen.

Die KPD wird bei diesem Anlaß wie jederzeit ihre ganze Kraft für die Herstellung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront von unten in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln und auf dem flachen Lande einsetzen und den Massen den Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik als einzigen Ausweg aufzeigen.

**Es lebe die kämpfende einheitliche Klassenfront der deutschen Arbeiterklasse gegen alle Klassenfeinde des Proletariats! Es lebe die Einheitsfrontaktion der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Notverordnungsdiktatur, Hunger, Lohnraub und Faschismus!**

## Erwerbsloser, willst du das?

**Willst du für 1,90 Mark die Woche arbeiten?**

Soviel erhalten nämlich die Arbeitsdienstpflichtigen im „Naziparadies" Coburg nach Abzug von 9 Mark für ein schlechtes Essen und Barackenlager. Nein, du willst nicht Zwangsarbeit für Hungerlohn, sondern Arbeit und Brot!

Darum kämpfst auch du in der Einheitsfrontaktion und stellst gemeinsam mit allen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen deine Forderungen am

**3. November — Kampftag der Arbeitslosen.**

## Unser Spitzenkandidat, der Genosse

# Ernst Thälmann

*antwortet sozialdemokratischen Arbeitern!*

Wir kommen nun zur Beantwortung der vierten Frage der sozialdemokratischen Arbeiterdelegation an den Genossen Thälmann.

**4. Frage: Ist im Kampf gegen die Papen-Regierung und gegen den Faschismus ein Bündnis der KPD mit der SPD möglich? Wie steht die KPD zu einer Listenverbindung bzw. zu einem Wahlblock mit der SPD bei der Reichstagswahl?**

Eine Listenverbindung mit der SPD lehnen wir ab. Wir schachern nicht um ein einzelnes Mandat und nehmen niemals eine prinzipielle Verwässerung unserer Linie durch solch einen Kuhhandel vor. Es handelt sich bei dieser Frage ja lediglich um 20 000 Stimmen und darum, ob der SPD oder KPD das Mandat zukommt. Wir sagen, daß es vielwichtiger und notwendiger ist, draußen in der antifaschistischen Einheitsfront den Kampf gegen die faschistischen Diktaturmächte zu führen, als über ein solches rein parlamentarisches Schachergeschäft zu diskutieren.

Können wir in ein Bündnis mit der SPD gegen die Papen-Regierung eingehen? Dabei wäre vorweg zu prüfen, ob die SPD überhaupt gegen das Papen-Kabinett kämpft!... Herr Severing verbietet auf Befehl des „Hitler-Barons von Gayl" seine eigene Parteizeitung, den „Vorwärts". Er erklärt weiter, er könne den Ministern des Papen-Kabinetts die „patriotischen Motive nicht absprechen" ... Die SPD-Führer erklären heute nach wie vor treu zu Hindenburg zu stehen, zu demselben Hindenburg, der das Papen-Kabinett eingesetzt, die SA legalisiert und die letzten Notverordnungen unterschrieben hat.

Jeder SPD-Genosse wird uns recht geben, wenn wir sagen, daß ein Bündnis zwischen KPD und SPD auf Grund dieser Tatsachen und auch aus prinzipiellen Gründen unmöglich ist.

# Papen-Braun-Severing-Front steht!

## Ungeheure Angriffe auf politische Rechte geplant — Die Kapitulation vom 20. Juli durch die SPD wird fortgesetzt

(Eig. Meldung.) Berlin, 31. Oktober.

Auf Grund einer Brüning-Notverordnung, deren von der KPD beantragte Aufhebung die SPD selbst verhindert hat, verringerte die Reichsregierung die Zahl der preußischen Ministerien. Gleichzeitig wurden einige neue Reichsminister ohne Portefeuille ernannt und diese sowie bisherige Reichsminister mit der Wahrnehmung der Geschäfte der preußischen Ministerien beauftragt. Die Ministerliste, die heute offiziell bekanntgegeben werden wird, ist folgende:

Preußisches Innenministerium Bracht, Finanzen Popitz, Kultus Kähler, Justiz Anz, Handel Ernst, Landwirtschaft Freiherr von Braun.

Dadurch wird die Reichsregierung faktisch gleichzeitig zur Preußen-Regierung.

Die Braun-Severing-Regierung beschwert sich nun darüber, daß diese Maßnahmen ohne ihre Mitwirkung getroffen wurden. Sie sei zur Mitarbeit bereit gewesen. Sie stellt nun ein nochmaliges Anrufen des Staatsgerichtshofes (Wer lacht da?) in Aussicht.

*

Freitag hielt Reichsinnenminister von Gayl im Verein Berliner Presse eine Rede, die einen neuen Alarm für alle Arbeiter bedeutet. Er erklärte: „Wir halten es für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienernährer ... und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren."

Gayl kündigt neben dieser Einführung eines mehrstimmigen Wahlrechtes eine Beseitigung des Listenwahlrechtes und weiter eine Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung an. Der Artikel 54 besagt, daß die Regierung eines Vertrauensvotums des Reichstages bedarf und durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden kann. Das soll nun abgeändert und die Regierung unabhängig vom Reichstag werden.

Gayl kündigt ferner den Aufbau der Rechte des Reichsrats oder den Einbau einer Stände-Kammer, d. h. die Einführung eines Oberhauses, an.

Zur Reichsreform erklärte sich Gayl für die bekannten Pläne der Uebernahme der preußischen Minister durch das Reich. Dabei soll den anderen, speziell den süddeutschen Ländern (ein Zugeständnis für ihre Zustimmung), die weitgehendste Finanzhoheit gegeben werden. Daran knüpfte Gayl die Drohung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, „sowohl auf dem in Preußen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen, als auch alle Kräfte daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen."

**Damit proklamiert Gayl die Fortsetzung und Verschärfung der Politik der Staatsaktion vom 20. Juli.**

Die Reichsregierung nimmt, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, zu den Reichsreformplänen Papens die Stellung ein, daß die beabsichtigten Maßnahmen der Papen-Regierung in Preußen nach dem Leipziger Urteil gerechtfertigt seien.

**Die Braun-Severing-Regierung wünscht nur, daß die Maßnahmen nicht durch Verordnung des Reichskommissars, sondern auf dem Wege einer Vereinbarung mit der Braun-Regierung durchgeführt werden.**

In diesem Zusammenhang sind von Bedeutung die Mitteilungen einer Münchener Zeitung, wonach Braun mit Severing seinerzeit ähnliche Maßnahmen für Preußen besprochen hat. Ohne jede vorherige Bekanntmachung wollte Braun den Reichsfinanzminister Dietrich zum preußischen Finanzminister ernennen, dann zurücktreten und den damaligen Kanzler Brüning zum preußischen Ministerpräsidenten wählen lassen.

Die Sozialdemokratie erweist sich so als Wegbereiter des Faschismus, dessen weitere Entfaltung sie auch jetzt ihre Unterstützung gibt.

Die SPD und Braun-Severing setzen jetzt ihre Kapitulationspolitik vom 20. Juli fort! Schluß gemacht SPD-Arbeiter! Herum das Steuer!

**Nicht Liste 2, sondern Liste 3, KPD wird am 6. November gewählt!**

## Genosse Pieck in Magdeburg

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 29. Oktober.

Am Freitag, dem 28. Oktober, sprach Genosse Wilhelm Pieck in einer außerordentlichen stark besuchten Massenversammlung der KPD im „Hofjäger" unter dem Kampf gegen Faschismus und Versailles". Wurde Genosse Pieck schon, als er an der Spitze der Betriebsdelegationen, Erwerbslosen- und Häuserschutztaffeln im Saal erschien, stürmisch begrüßt, so stieg der Beifall zu einem wahren Orkan an, als Gen. Pieck, nachdem ihm das Wort erteilt wurde, den Vortrag des ZK und des Führers der KPD, Genossen Thälmann, die Kampfesgrüße übermittelte. Das oftmals von stürmischem Beifall unterbrochene Referat fand bei allen Anwesenden begeisterte Zustimmung.

**Ein Auto-Lastzug mit 150 Nazis stürzte** in der Nähe von Magdeburg um. Acht Nazis wurden schwer, 25 leicht verletzt.

## Letzte Kurzmeldungen

**Kelbra.** Kugelwechsel mit Wilderern. Der Förster Sippach vom Forsthaus Rothenburg traf, als er sich zum Schlag begeben wollte, im Forste zwischen Kelbra und Stolberg drei bewaffnete Wilderer. Auf seinen Anruf gingen sie hinter Bäume in Deckung und eröffneten sofort Feuer auf den Förster, der daraufhin ebenfalls schoß. Ob einer von den Wilderern getroffen hat, steht nicht fest. — Zeichen der Wirtschaftsnot.

**Delitzsch.** Falschgeld im Umlauf. In Crensitz und Wölkau sind falsche Fünfmarkstücke aufgetaucht. Die Fälschungen sind äußerlich kaum von den echten zu unterscheiden, gehen aber sobald sie zur Erde fallen, in Stücke.

**Frenburg (Unstrut).** Etat abgelehnt. Die Stadtverordneten lehnten den Etat, der mit einem Fehlbetrag von 140 000 Mark abschließt, einstimmig ab. Man will die Regierung um Unterstützung bitten. Bereits im letzten Jahr war an den Innenminister eine Eingabe gerichtet worden, in der auf den hohen Fehlbetrag hingewiesen wurde. — Es wird nichts nützen.

## Theater, Konzerte, Vorträ

**Gerhart-Hauptmann-Feiern im Stadttheater.** Am 15. November jährlich Gerhart Hauptmanns 70. Geburtstages sein letztes Werk „Der Bogen untergang" in Szene.

Paula Wessely vom Deutschen Theater, Berlin, bringt mit ihrem Ensemble am 30. November als zweites Hauptmann-Stück „Rose Bernd".

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß am Montag, dem 7. November einmaliges Gastspiel der Schulten-Truppe (Gangloffer-Thoma-Ritter) mit einen heiteren Ludwig-Thoma-Abend bringt. Der Vorverkauf beginnt am nächsten Dienstag.

## Rundfunk-Program

**Dienstag, 1. November**

6.15 Uhr: Funkgymnastik. 6.35—8 Uhr: Frühkonzert. 9.45 Uhr: Landwirtschaftsdienst und Tagesprogramm. 9.55 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.40 Uhr: Schulfunk. Auf einem deutschen Kreuzer. Ein Hörbericht. 10.45 Uhr: Funkbunbschau im November. 11.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 12 Uhr: Platten im Oktober, im Anschluß an Wetterbericht und Zeitangabe (Schallplatten). 13 Uhr: Nachrichtendienst, Wetterdienst und Zeitangabe. 13.15 Uhr: Giuseppe Verdi (Querschnitt durch die Oper „Ernani" auf Schallplatten). 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. Grundfragen der deutschen Siedlung. Die Jugendpflege Alt-Leipzigs. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe. 18.30 Uhr: Sprachenkunk. 18.50 Uhr: Einführung in das Gewandhauskonzert am 3. November. 19 Uhr: Sprechstunde für die reifere Jugend. Berufswahl und Berufsaussichten. 20.10 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21.10 Uhr: „Plattenturm". Ein Kunstkenner spricht. 22.10 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Unterhaltungsmusik von Johann Sebastian Bach.

## Wir wird das Wetter

Dienstag: Bei nördlichen bis südöstlichen Winden wechselnde Bewölkung, nur noch stellenweise geringe Niederschläge, kühlende Temperaturen, Nachtfrost.

Mittwoch: Anfangs heiteres Wetter mit Nachtfrost, später Bewölkungszunahme wahrscheinlich.

| Pegelstand der Saale | | | Pegelstand der | |
|---|---|---|---|---|
| Trotha | 236 | Fall 6 | Torgau | 62 |
| Bernburg | 150 | Wuchs 42 | Wittenberg | 172 |
| Calbe (oberh.) | 170 | Wuchs 28 | Roßlau | 98 |
| Calbe (unterh.) | 124 | Wuchs 28 | | |

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S., für den gesamten redaktionellen Teil; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Kandidat
Ernst Thälmann.

Walhalla
Zum letzten Mal
Bravo Peggy
Dienstag, 8 Uhr
Festvorstellung
Die Bajadere
Operette in drei Akten von
Emrich Kalmann
Marga Peter
Grete Möller
Max Stojewsky
Otto Nery
Gustav Bertram

Stadt-Theater
Heute Montag 20 bis gegen 23 Uhr
Wintermärchen
Schauspiel von Shakespeare
Morgen Dienstag 20 b. gegen 22¼ Uhr
Die vier Grobiane
Kom. Oper von E. Wolf-Ferrari

Besonianstalt u. Lederhandlung
Die Werkstätte des schaffenden Volkes
Paul Marhold
Delitzsch
Marienstr. 3a

Tag für Tag
erinnert den Geschäftsmann bei Euren Einkäufen an den
„Klassenkampf!"

Ger. Speck . . 1 Pfd.
Frische Margarine 1 Pfd.-Würfel
Margarine frisch v. Faß . 1 Pfd.
Kunstspeisefett 1-Pfd.-Tü.
Eier . . . . . Stück
Sauerkohl . . 1 Pfd.
Senfgurken . . ¼ Pfd.
Gewürzgurken ¼ Pfd.
Bratheringe 1-Ltr.-Di.
Geleeheringe 1-Ltr.-Di.
Sultaninen . . 1 Pfd.
Korinthen . . 1 „
halbe Aprikosen „
Kümmel . . . ¼ Pfd.
Pfeffer, schw. gem. ¼ Pfd.
„ weiß gem. ¼ Pfd.
Landbrot 3 Pfd. schwer 38 ₰
Fleischsalat . . . ¼ Pfd. 9 ₰
Niedermeier G. m. b. H.

**Die Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern 20 [illegible] (Pfandscheine — **Januar 1932** —) wird vom 10. November [illegible] 9 Uhr vormittags an, im Leihamt, An der Marienkirche 4, [illegible]

**Versteigert werden: 1 Piano,** Taschenuhren aller Art, [illegible] Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, getragene Kleidungsstücke, Pelze und verschiedene andere Sachen.

**Erneuerungen nur bis zum Sonnabend, den 5. November** [illegible]

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 15. Dezember bis 14. Dezember 1933 abgehoben werden.

27. Oktober 1932. Leihamt der Stadt [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0004

**Metallarbeiter, wie lange noch?**

# Der DMV im Zeichen des Papen-Kurses

## Zieht die Lehren aus dem Verlauf der Bezirkskonferenz in Burg — Die Opposition zeigt den Weg: Nicht verhandeln, sondern handeln — Metallarbeiter, es kann nur eins geben: Einheit — Streik — Sieg!

### Wahlparolen für die SPD statt Kampfprobleme

L.A. Vor kurzem tagte in Burg b. Magdeburg die Bezirkskonferenz des DMV Bezirk Halle. Bereits am Sonnabend war Kampfabend, den der Ortsverein Burg der SPD für die Delegierten veranstaltet hatte. Dort trafen sich alle „Größen", — Vertreter des Hauptvorstandes und der Bezirksleitung des Bundes, sogar der Oberbürgermeister der Stadt Burg war vertreten! Am Sonntag selbst begann die offizielle Tagung. Zirka 120 Delegierte waren anwesend. Hertz Schliestedt vom Hauptvorstand hielt eine Rede und sprach vom „Kampf" gegen das Kabinett der Barone. Er forderte den Zusammenschluß der Arbeiter in der „einen Front". „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", rief er [illegible]. Dann [illegible] er gegen die Papen-Notverordnung und [illegible]: „Das „Recht" ist auf seiten der Gewerkschaften!"

Viel [illegible] nichtssagenden Worten meinte er dann: „Mit Notverordnungen Politik zu treiben und Finanzen und Wirtschaft zu [illegible], muß erfolglos bleiben!"

Hertz hatte ganz vergessen, daß gerade sie, die Gewerkschaftsbürokraten, es waren, die jahrelang die Brüning-Regierung [illegible], die eine Notverordnung nach der anderen erließ, daß die Papen-Regierung den Weg ebneten und die werktätigen [illegible] aufs schwerste belasteten.

Der Kollege Wimin Brandes, der Vorsitzende des DMV, war es, der im Frankfurter Kongreß des ADGB erklärte:

„Die Verhandlungen unseres Kongresses haben den Nachweis geführt, daß die Tolerierung richtig ist."

Und mit kindischer Unterwürfigkeit sagt er dann an die Adresse der Regierung: „Wir erwarten von der Regierung, daß sie das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften würdigt."

Auf dieser Konferenz in Burg wurde die dreisteste Wahlpropaganda für die Sozialdemokratische Partei getrieben, die als die Partei hingestellt wurde, die immer und ständig die Interessen der Arbeiter vertreten hat. (!) Und in dem mit vielen „Pfeilern" geschmückten Saal schloß Herr Schliestedt seine Rede mit dem Trost für die Metallarbeiter, doch ihr Heil im Volksentscheid erblicken. (!)

### Opposition rechnet mit der Gewerkschaftsbürokratie ab

Ein frischer Luftzug war es, als ein oppositioneller Kollege [illegible] ergriff und mit schlichten, einfachen Sätzen die wirkliche [illegible] der Metallarbeiter zum Ausdruck brachte. Er rechnete [illegible] ab mit der Politik des DMV, die jahrelang darauf gerichtet war und ist, die Metallarbeiter mit leeren Versprechungen [illegible] und mit falschen Losungen („Wirtschaftsdemokratie" — [illegible]programm" usw.) vom wirklichen Kampf abzuhalten.

[illegible] Worten geißelte er das Manöver des Vorstandes gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung und [illegible] die Einheit der Metallarbeiter zur Auslösung des Kampfes [illegible] Betriebe!

[illegible] Entschließung der revolutionären Opposition, über die die [illegible] die Abstimmung verweigerte, ließ man den Delegierten [illegible] zur Kenntnis bringen und man entzog dem Kollegen mit [illegible]ung: „Die Redezeit ist abgelaufen", das Wort.

[illegible] werden diese Entschließung deshalb an dieser Stelle allen [illegible]beitern zur Kenntnis geben.

### Einheit im Kampf verbürgt den Sieg!

**Entschließung**

[illegible] Notverordnung der Papen-Regierung mit ihren unerträglichen Lasten für die gesamte Arbeiterklasse erfordert von der Arbeiterklasse größte Wachsamkeit und die größtmöglichste Einheit [illegible] diesen ungeheuerlichen Anschlag mit der Waffe des Streikes zu [illegible].

[illegible] allen Betrieben und Industriegruppen gehen die Unterschriften über, die Papen-Notverordnung in Anwendung zu [illegible] und die Löhne der Arbeiter ungeheuer zu verschlechtern.

[illegible] seit Verkündung der Notverordnung wurden in Deutschland über 400 Streiks geführt, die zu 80 Prozent siegreich [illegible] werden konnten. Die Führer der freien Gewerkschaften [illegible] besonders die Führer des DMV haben uns immer und [illegible] erklärt, daß man in Zeiten der Krise nicht kämpfen [illegible] daß die erwerbslosen Kollegen zu Streikbrechern würden. [illegible] siegreichen Kämpfe der letzten Tage ist diese Theorie der [illegible]werkschaften glänzend widerlegt und die Auffassung der [illegible] Opposition, daß man auch in Zeiten der Krise den [illegible] der Arbeiterklasse organisieren muß, glänzend bestätigt.

[illegible] Papen-Notverordnung vom 4. September mit ihren unerträglichen Belastungen für die Arbeiterschaft war nur möglich [illegible] der jahrelangen Tolerierungspolitik der Führer der [illegible] des ADGB gegenüber der Brüning-Regierung. Die [illegible] „kleineren Uebels" und die praktische Unterstützung der [illegible]regierung bei der Durchführung ihrer Notverordnungen [illegible] Weg für die Papen-Regierung und ihrer Notverordnungen [illegible]ebnet.

[illegible]gierungskonferenz des DMV Halle vom 23. Oktober 1932 in Magdeburg stellt diese Tatsachen noch einmal ausdrücklich [illegible] appelliert an alle Metallarbeiter, in allen Betrieben stets [illegible] bereitet zu sein, um offen Lohnabbauplänen der Unternehmer [illegible] dem Kampf entgegen treten zu können.

[illegible]griffe der Bourgeoisie auf Lohn- und Arbeitszeit, ihr [illegible] die bestehenden Lohntarife ist eine ernste Warnung [illegible] Metallarbeiterschaft, sich jetzt durch keinerlei Manöver [illegible] zu lassen, sondern einig im Kampfe zusammenzuschließen. [illegible] entscheidend ist die Frage der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, sondern entscheidend ist der Wille [illegible] Handeln, zur gemeinsamen Tat. Alle Metallarbeiter [illegible] organisiert oder unorganisiert, ob DMV oder in der [illegible] alle werden gleichmäßig von diesem Papen-Programm [illegible]. Sie müssen deshalb auch einig im Kampfe zusammenstehen.

[illegible]ferenz brandmarkt die Manöver der Sozialdemokratie [illegible] ADGB auf Einleitung eines Volksbegehrens gegen den [illegible] Teil der Papen-Notverordnung, ihre Anträge auf [illegible] Wirtschaft usw. vor der gesamten Arbeiterklasse. Die [illegible] nicht warten bis nach vielen Monaten evtl. durch [illegible] der sozialpolitische Teil der Notverordnung aufgehoben wird, sondern jetzt steht die Frage der praktischen Organisierung des Kampfes in jedem Betrieb und in jeder Abteilung.

**Die Konferenz beschließt daher, alle Metallarbeiter aufzufordern, sofort in jedem Betrieb und in jeder Abteilung zu gemeinsamen Belegschaftsversammlungen zusammenzutreten, die Frage des Kampfes gegen die Papen-Notverordnung zu diskutieren und Einheitsorgane aus organisierten und unorganisierten Kollegen auf der Grundlage der breitesten Einheitsfront zu wählen, Unter den Losungen:**

**Keinen Pfennig Lohnabbau — Gegen jede Verschlechterung und Durchlöcherung der Tarifverträge — Für das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter müssen die Metallarbeiter mobilisiert werden.**

**Nicht verhandeln — sondern handeln! Das ist die Losung! Einheit im Kampf verbürgt den Sieg!**

Ein Antrag, der die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Kollegen, auch die wegen ihrer Kandidatur auf roten Betriebsratslisten verlangte, wurde ebenfalls nicht zur Abstimmung gebracht. Man versuchte mit hämischen Bemerkungen den oppositionellen Kollegen lächerlich zu machen, indem man ihn fragte: „Wer hat dir denn den Antrag geschrieben?"

In seinem Schlußwort hetzte Schliestedt vom Hauptvorstand in frechster Weise gegen die RGO und die unorganisierten Arbeiter. „Niemals", so sagte er, „werden wir mit diesen Leuten, den Nutznießern der Gewerkschaften, zusammengehen."

Wenn auch nur ein oppositioneller Kollege auf dieser Tagung das Wort ergriff, so zeigte sich doch bei der Abstimmung für den erweiterten Beirat ganz deutlich, daß eine ganze Reihe der Delegierten mit dem Kurs des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht einverstanden sind.

**Rund ein Drittel der Delegierten übte bei dieser Abstimmung Stimmenthaltung! Wenn sie jetzt auch noch nicht den Mut aufbrachten, offen gegen die Politik des DMV aufzutreten, so zeigt sich doch schon in der Nichtbeteiligung an der Abstimmung die tiefe Rebellion, die in den Mitgliederkreisen des DMV und auch im Funktionärkörper vorhanden ist!**

Die revolutionäre Opposition muß aus dieser Konferenz die Schlußfolgerungen ziehen, noch stärker als bisher die Oppositionsarbeit im DMV zu steigern. Keine Manöver der DMV-Bürokratie können die Opposition hindern, diese ihre Arbeit im beschleunigten Tempo fortzusetzen. Die Unternehmer der verschiedensten Industriegruppen und auch die Metallindustriellen versuchen, die Papen-Notverordnung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Die Bezirkskonferenz des DMV hat nicht den Weg gewiesen, den die Arbeiterklasse und insbesondere die Metallarbeiter gehen müssen, um ihre elementarsten Lebensrechte zu verteidigen.

**In Burg hat man geredet. Die Metallarbeiter aber — sie wollen handeln! Schließtedt und wie all diese „Führer" heißen, sie versuchten mit allen Mitteln eine Kluft zwischen den Mitgliedern des DMV und den Unorganisierten und RGO-Kollegen zu schaffen. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Mitglieder des DMV erkennen in immer stärkerem Maße, daß sie unbekümmert um ihre politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit im Kampf gegen die Unternehmer zusammenstehen müssen.**

**Diese Linie wurde klar und offensiv durch den oppositionellen Delegierten auf der Bezirks-Verbandskonferenz des DMV vertreten.**

**Diese Linie muß die Richtschnur ihres Handelns für alle oppositionellen Metallarbeiter für die kommende Zeit werden. Die Rößler, Tenhagen und Co., sie sollen sich nicht täuschen. Auf die Dauer lassen sich auch die Metallarbeiter nicht mit Versprechungen vertrösten. Die revolutionäre Opposition im DMV, sie hat den Weg gewiesen. In dieser Richtung vorwärts marschiert. Kein Metallbetrieb, keine Branche, keine Einheit des DMV ohne Oppositionsgruppe. Gesteigerte innergewerkschaftliche Arbeit für die Gewinnung der Mehrheit der Metallarbeiter für den revolutionären Klassenkampf — das ist die Losung!**

**In diesem Sinne kämpft die revolutionäre Opposition und die Metallarbeiter werden ihr folgen!**

## Der „Klassenkampf" ist besonders eingestellt:

**Am Dienstag, dem 1. November, auf den Abschluß des Hallischen Bauarbeiterstreiks;**
**am Mittwoch, dem 2. November, auf die chemische Industrie (Leuna, Bitterfeld);**
**am Donnerstag, dem 3. November, auf den mitteldeutschen Bergbau!**

**Genossen, bestellt, steigert den Massenverkauf unsrer Presse, werbt unermüdlich. Konzentriert euch auf Betriebe und Gewerkschaften — gebt Bestellungen auf!**

# Tarnow und Leipart für Durchführung des Papen-Programms

## Sensationelle Enthüllungen — Was hinter den Kulissen abgekartet wurde — Arbeiter, rechnet ab mit den Verrätern!

Die „Berliner Volkszeitung" in ihrer Morgenausgabe vom 25. Oktober sowie das „Berliner Tageblatt" in seiner ersten Morgenausgabe dieses Tages bringen übereinstimmend folgende sensationelle Enthüllung:

**„Der Verlauf der Betriebsbewegungen hat gezeigt, daß auch die Freien Gewerkschaften praktisch bei der Sanktionierung von Streiks sehr zurückhaltend sind. Faktisch sind nur ganz wenige Betriebsstreiks von den Gewerkschaften wirklich unterstützt worden. Diese haben vielmehr Einigungsverhandlungen und Kompromisse in Wirklichkeit gefördert und hielten ihre Mitglieder sehr oft dazu an, friedliche Vereinbarungen mit den Betriebsleitern zu erreichen. Diese Haltung entspricht ihrer Absicht, wie Tarnow kürzlich erklärte, dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung eine Chance zuzubilligen."**

Hört es, ihr Arbeiter! Die ADGB-Führer haben beschlossen, der Papen-Regierung auf eure Kosten eine Chance zu geben, d. h. die Durchführung des Lohnabbauprogramms zu unterstützen. Das ist das Ergebnis der geheimnisvollen Verhandlungen hinter den Kulissen. Deshalb setzen die SPD-Führer alles ein, um die Streikbewegung zu erdrosseln. Darum haben die ADGB-Führer den aussichtsreich stehenden Streik der Hamburger Verkehrsarbeiter erdolcht, darum haben sie beim Streik der Torgauer keramischen Arbeiter den Streikbruch organisiert, darum hat Noske streikende Weserschiffer verhaften lassen und die kommunistische „Neue Arbeiter-Zeitung" verboten, weil sie den Streik der Weserschiffer unterstützt hat.

**Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer unterstützen das Wirtschaftsprogramm Papens, dessen Hauptpunkt der Lohn- und Unterstützungsabbau ist, weil sie zur möglichst engen Zusammenarbeit mit den Führern des faschistischen Lagers kommen wollen. Das ist offener Verrat an den Arbeitern! Keinen Funken Vertrauen zu diesen SPD-Führern! Kämpft überall unter selbstgewählten Kampfleitungen!**

**Nur eine Partei hat die von der RGO geführte Streikbewegung der arbeitenden Massen gegen Lohn- und Unterstützungsabbau unterstützt, die Kommunistische Partei. — Darum schart euch fester um die KPD, sorgt am 6. November für ein wuchtiges Millionenvotum für Liste 3, das wieder das Kraftbewußtsein der arbeitenden Massen stärken und ihre Kraft im Kampfe gegen das Kapital erhöhen wird.**

# Maßregelungs-Freiheit für Unternehmer

## Beseitigung des letzten Restes des Entlassungsschutzes — Ein neuer Schlag der Papen-Regierung

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, plant die Papen-Regierung, in Kürze das Betriebsrätegesetz so abzuändern, daß die Unternehmer völlig freie Hand für Entlassungen nach Belieben bekommen.

Diese Absicht wurde übrigens den ADGB-Führern schon vor einigen Wochen im Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, ohne daß die ADGB- und SPD-Führer irgend etwas dagegen getan hätten. Im Gegenteil, inzwischen hat Tarnow erklärt, daß er der Papen-Regierung bei der Durchführung ihres Programms eine Chance geben will.

Wie üblich, wird auch jetzt versucht, die Arbeitslosen gegen die betriebstätigen Arbeiter auszuspielen. Man behauptet, die Unternehmer sollen deshalb die Hand bekommen, daß sie langjährig betriebstätige Arbeiter entlassen und dafür langjährig Arbeitslose einstellen können.

Welcher Arbeitslose ließe sich dadurch gegen seine Klassengenossen ausspielen?

**Die Unternehmer wollen lediglich freie Hand, um solche Arbeiter, die die Interessen ihrer Kollegen und der Arbeitslosen tatkräftig wahrnehmen, aufs Pflaster werfen zu können. An solchen Maßregelungen hat kein Betriebstätiger und kein Arbeitsloser Interesse, gemeinsam kämpfen sie dagegen. Die Kommunistische Partei wird alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, daß der letzte Rest des Schutzes gegen willkürliche Maßregelungen aufgehoben wird.**

**Der neue Schlag der Papen-Regierung ist eine neue Mahnung, in allen Betrieben die Einheitsfront fester zu schließen. Der letzte Rest des gesetzlichen Schutzes gegen willkürliche Entlassungen fällt. Nur die Kraft der kampfgewillten Belegschaften kann in Zukunft Maßregelungen verhindern!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0005

HALLE

Montag, den 31. Oktober 1932.

# 1 Jahr Zuchthaus gegen Nazi

## Aber die anderen wurden freigesprochen!

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte die Große Strafkammer Halle den 22jährigen Diener Kurt Wilhelm zu 1 Jahr Zuchthaus wegen tätlichen Angriffs auf einen Polizeioffizier. Vier weitere Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen. Der Untersuchung lagen die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Polizei zugrunde, die sich am 25. August d. J. anläßlich des Einzuges einer Reichswehrbatterie ereigneten. Im Verlauf der Zwischenfälle kam es zu Tätlichkeiten gegen Polizeibeamte, bei denen die Angeklagten festgenommen wurden. Seit dem Tage befanden sich auch die jetzt Freigesprochenen in Untersuchungshaft. Wir werden zu dem Prozeß noch Stellung nehmen.

## Kriegsopfer, bewahrt euch vor weiteren Schaden!

Durch Verfügung des Reichsarbeitsministers sind verschiedene „Lockerungen" der 4. und 5. Notverordnung eingetreten. Wer sich vor weiterem Schaden bewahren will, wird aufgefordert, sich mit seinen Papieren im Büro des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Breite Str. 16, einzufinden. Sprechzeit: Dienstag und Freitag von 10 bis 19 Uhr.

## Achtung, Mitglieder im FSV!

**Die Mitglieder des Freien Sportvereins Halle sollen auf Einladung der Partei bei einer Massenaufführung am 6. November (Wahlabschlußkundgebung) mitwirken. Alle Mitglieder wollen sich Dienstag, den 1. November, 20 Uhr, im „Volkspark" einfinden.**

## Schimpansen im Hallischen Zoo

Allgemein ist bedauert worden, daß der große Schimpanse Seppl, der langjährige Freund aller Hallischen und auswärtigen Besucher unseres Zoologischen Gartens, uns verlassen hat. Der Grund lag darin, daß er allmählich zu stark geworden war, und daß seine Erziehung mit der Entwicklung seiner Körperkräfte nicht Schritt gehalten hatte. Daher ist an seine Stelle das kleine wohlerzogene und manierliche Schimpansen-Pärchen getreten, das sich ganz so benimmt, wie Seppl es in früheren guten Tagen auch getan hat. Es ist ein rührendes Bild, wenn die beiden Kleinen an ihrem Tischchen artig auf den Stühlen sitzen, ihre Mahlzeit mit dem Löffel einnehmen, sich selbst und ihrem Partner nach dem Essen den Mund abwischen und darauf eine kleine Vorstellung geben, zu der sie die Utensilien von Seppl geerbt haben.

Als fast ebenso großer Komiker wie die beiden Schimpansen erweist sich ein kürzlich ins Affenhaus eingezogener Nashornvogel, der mit der Hand gefüttert wird und dabei die merkwürdigsten Verrenkungen macht, zu denen der Riesenschnabel ihn zwingt.

**Vom Bullen getötet.** Als der landwirtschaftliche Arbeiter Rummel auf der Viehweide des Gutsbesitzers Köster in Drobitz einen ausgebrochenen Bullen zurücktreiben wollte, wurde er von dem Tier angegriffen. Rummel trug dabei so schwere Verletzungen davon, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

## Alle Massenorganisationen

**haben heute abend in ihrer Lokalität, die von der örtlichen Leitung jedem Funktionär schriftlich und mündlich bekanntgegeben ist,**

**einen wichtigen Funktionär-Appell!**

**Dringende politische und organisatorische Fragen stehen zur Entscheidung. Nur Krankheit entschuldigt Fernbleiben. Alle Vereins- und Organisationsleiter haben die Pflicht, die Einladungen persönlich vorzunehmen.**

Die „Seelennot" des Bürgerblock-Bankiers

# Der ‚einfache normalbürgerliche' Schwa

## Der Verteidiger des Bürgerblock-Großbetrügers Schwarz hetzt gegen die Sowjetunion

Wir informierten unsere Leser bereits darüber, daß gegen den ehemaligen Bürgerblock-Stadtverordneten und Bankier Schwarz wegen seiner Betrügereien drei Jahre drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt wurden. Schwarz hat zahllose Kleinsparer um die sauer zusammengesparten Groschen gebracht.

Der hervorragende Streiter Papens, Herr Schwarz, läßt sich durch den Justizrat Herzfeld verteidigen. Justizrat Herzfeld begann am Freitag sein Plädoyer. Herzfeld äußerte zunächst die Ansicht, Schwarz habe „überhaupt nichts verbrochen außer den D schlagungen". Er habe ein „einfaches, ja normalbürgerlich geführt und nichts verschwendet".

Der Verteidiger feierte dann zunächst die kapitalistische ordnung, offenbar um den Beweis zu führen, daß Sch Schwarz doch nur nach den Spielregeln dieser Ordnung Schwarz habe eine „Seelennot gehabt, die viel schwerer sei als der Hunger".

Nun kommt aber das Tollste. Der Verteidiger des B gers konnte es nicht unterlassen, gegen die Sowjetunion zu Nachdem er die Römer und den 30jährigen Krieg beh meinte er: „Wir leben in einer Zeit, in der Existenzen und aufgebaut werden, zumal im Osten — (also in der union) — Millionen (!!!) von Intelligenzen vernichtet u Wand gestellt wurden." (!!!)

Was bezweckt der Justizrat mit einer derartigen H hetze? Der Bürgerblock-Bankier Schwarz ist allerdings „Intelligenz", mit der man in der Sowjetunion kurzen Prozeß würde. Im kapitalistischen Deutschland liegt die Sache an

Wir sind auch der Meinung des Justizrats Herzfeld, Schwarz durchaus nach den Prinzipien der kapitalistischen gehandelt hat... Genau wie sein Kollege von der andern tät, der Nazidirektor im Hallischen Schlachthof.

Wir allein führen den schärfsten Kampf gegen die kapita Großbetrüger. Wir wissen die ausgebeuteten und betrog sen in diesem Kampf unter unseren Fahnen. Sie werden zum Befreiungskampf auch am 6. November Wahl der KPD, Liste 3, bekennen.

## Funktionäre, aufgepaßt!

**Kurz vor dem 6. November sind noch wichtige politisch-organisatorische Entscheidungen zu treffen. Eine Funktionärkonferenz aller Stadtteil-, Zellen-, Pol-, Org-, Agitprop-Leiter und -Kassierer macht sich notwendig.**

**Heute, 20 Uhr, im Produktiv-Saal.**

**Die Zellen-Polleiter sind verpflichtet, auf schnellstem Wege alle Funktionäre persönlich einzuladen.**

**Sekretariat der BL.**

**Kein Parteifunktionär darf fehlen!**

# 1500 Erwerbslose im Stempelstreik

## Wir appellieren an die Solidarität aller Werktätigen!

In den Ortschaften Rietleben, Dölau, Lettin, Lieskau und Schieptzig stehen 1500 Erwerbslose im Stempelstreik. Die Ursache dieses Kampfes: Die Erwerbslosen sollen gezwungen werden, ihre Stempelpflicht in Halle auszuüben. Sie sollen 14—24 Kilometer Weg zurücklegen, um sich in Halle registrieren zu lassen und auch dort ihre Hungerpfennige in Empfang zu nehmen. Den Erwerbslosen wird zugemutet, ohne genügende warme Kleidung, Hunger im Magen, im Winter bei Wind und Wetter zweimal in der Woche den Marsch nach Halle zu machen. In vollster Berechtigung wehren sich unsere Klassengenossen. Sie streiken um die Forderung, in ihren Ortschaften stempeln zu können.

Dem Streik der Erwerbslosen gehört die vollste Unterstützung der gesamten werktätigen Bevölkerung. Sparmaßnahmen sollen auf Kosten der am meisten notleidenden Schicht — der Erwerbslosen — durchgeführt werden!

Solidarität mit 1500 Erwerbslosen ist das Gebot der Stunde! Leuchtende Beweise proletarischer Solidarität wurden für die Lohnkämpfe der Arbeiter in Weißenfels, Torgau und Halle erbracht. Wir fordern auf, Kampf der Erwerbslosen, der ein Teilkampf gegen die Pro verordnung ist, vollste Solidarität entgegenzubringen.

Zeichnet auf den Sammellisten der IAH! Zahlt Geld ein auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 896 12 (Hilde Zöllner

Gebt Lebensmittel für die Streikküchen der IAH in fo den Sammellokalen ab: Halle: Büro der IAH, bergstr. 19; Rietleben: Lokal „Zur Sonne"; Dölau: Richter; Lieskau: Lokal Tennert; Lettin: „Zu Zscherben: Liebau.

Betriebe, nehmt Stellung zum Kampf der Erwerbslosen Stundenlöhne ab! Sportler, führt Solidaritätsspiele durch beiter, sammelt in allen Veranstaltungen! Helft, sichert kenden Erwerbslosen die Bewilligung ihrer Forderungen lebe die proletarische Solidarität!

**Landesleitung der Internationalen Arbeiter-Bezirks-Erwerbslosen-Ausschuß.**

# „Wir wollen unter das Hohenzollern-Szepte

## Ein pommerscher Junker sprach — Krach im Harzburger Lager! — SA-Proleten werden trauisch gegen Papens Hitler-Partei

Der pommersche Junker, Herr von Kleist-Schmenzin, sprach am Donnerstag für die Deutschnationalen im „Stadtschützenhaus" in Halle. Die Partei der Krautjunker und Schlotbarone hatte zu dieser Versammlung ihre Harzburger Bundesgenossen, die NSDAP, zur Diskussion herausgefordert. Die Naziführer zogen es vor, ihre Anhänger zum Fernbleiben von der Versammlung aufzufordern, weil sie fürchteten, der Großagrarier könne zu viel über die Verbindungen der Hitler-Partei mit dem Finanzkapital und den Großagrariern sagen und so ungewollt den werktätigen Anhängern der Nazipartei die Augen öffnen. Die Versammlung setzte sich zusammen aus seinen Leuten, Richtern, Staatsanwälten (auch Oberstaatsanwalt Dr. Luther war zugegen), einem Teil Kleinbürger, einer Anzahl SA-Proleten und einigen kommunistischen Arbeitern.

Der feudale Großagrarier von Kleist-Schmenzin weiß Bescheid über die Nazipartei. Er vertritt mit zynischer Offenheit die Politik der Notverordnungsdiktatur und sagt, daß dies Hitler auch tue und nur jetzt vor den Wahlen nur eine andere Tonart rede.

Eine wahre Lust, wie sich die Bundesgenossen von Harzburg in den Haaren lagen. Von Kleist-Schmenzin bezeichnete f einen „Rattenfänger", als einen „unfähigen Menschen" der SA den Titel: „Abschaum der Menschheit", Hitler „niederträchtige Gemeinheit" vor. Schon der Name „ sozialistische Partei" sei eine Unwahrheit. National Sozialismus seien die größten Gegensätze, die es überh (Womit er recht hat.) Der Großagrarier von Kleist kennt seinen Hitler.

„Die Sehnsucht der besten Deutschen be die Bildung der Regierung von Papen f füllung gefunden", so sagte der deutschnationale Herr. Mit den „besten Deutschen" meinte er die Finanz und die Großagrarier.

Der Tenor der von Kleistschen Rede war etwa der warum betrügst du das Volk? Du betreibst doch dieselbe Politik wie wir auch."

Der Trumpf des Junkers war schließlich die Forder der Wiedereinführung der Erbmonarchie als „etwas ge gewolltem und bestimmtem". „Nur unter der Krone H zollern soll unsere Zukunft stehen!" (Stürmisches Gelächter

Man stand auf und sang „Heil, Dir, im Siegerkranz" zu bemerken ist, daß eine ganze Anzahl Richter und Juristen aus Halle kräftig mit aufstanden, so auch der L anwalt Dr. Luther.

In der Diskussion sprach nach einem lächerlichen D parteiler der Genosse Stadtverordnete Pretzsch für die nisten. Genosse Pretzsch wandte sich vor allem an die S und SA-Proleten und an die werktätigen Mittelsch deren Rücken die Politik der Deutschnationalen und N tragen wird. Seine Ausführungen wurden wiederholt von anwesenden Kleingewerbetreibenden und Arbeitern d Beifall unterbrochen. Unter den SA-Proleten war e Mißstimmung darüber, daß die Naziführer die Auseinan mit dem Großagrarier fürchteten. Sie beginnen mißt werden. Auch sie stimmten den Ausführungen des kommu Diskussionsredners zu.

Als im Schlußwort der Krautjunker von Kleist-Schm Werktätigen verhöhnte, indem er sagte, man könne ja Siebenstundentages auch den Fünf-Minuten-Tag einführ gen seine Ausführungen im Tumult unter. Er mußte

Stahlhelmarbeiter, wie lange wollt ihr mißbrauchen lassen durch die Finanzkapitalisten und Gro SA-Proleten, wollt ihr euch noch länger betrügen lassen „rattenfangenden" Bundesgenossen der Regierung von

Es ist so, wie der Genosse Pretzsch dem pommerschen entgegenschleuderte:

**Nicht die Wahlen entscheiden, sondern der Massenkampf der Massenkampf ist, da scheitert die Notverordnungsdi kennt euch zur Einheitsfrontaktion auch am 6. Novem ihr Kommunisten wählt.**

# Ohne Wels und Hitler kein Papen!

## Der Dank des Generals von Rundstedt

**Am 20. Juli führte die Papen-Regierung ihre Staatsaktion in Preußen durch. Die Kommunisten riefen zum Streik gegen diese Staatsaktion der faschistischen Papen-Regierung auf.**

**Was taten die Nazis und SPD.? Die Hitler-Partei begrüßte begeistert die Staatsaktion. Sie unterstützte die Papen-Regierung. Die Sozialdemokratie mimte „Opposition", wandte sich aufs schärfste gegen die Streikparole und bekämpfte jede Gegenwehr der Arbeiter. Erfreut und dankbar konnte der kommandierende General für Berlin-Brandenburg, der als Militärbefehlshaber eingesetzt war, (im „12-Uhr-Mittagsblatt") feststellen:**

**„Wohl habe ich im Laufe des Nachmittags (des 20. Juli) das kommunistische Flugblatt, das zum Streik aufrief, in großer Zahl beschlagnahmen lassen. Aber dankenswerterweise hat sich ja die Sozialdemokratische Partei dieser Streikparole nicht angeschlossen, sondern zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt."**

**So hat die Sozialdemokratie wie die Hitler-Partei die Staatsaktion der Papen-Regierung vom 20. Juli gestützt und ermöglicht.**

**Ohne Hitler, ohne Wels keine Staatsaktion, kein Papen!**

**Arbeiter, vorwärts in Einheitsfrontaktion gegen den Faschismus. Bekennt euch zu der proletarischen Einheitsfrontaktion am 6. November durch Wahl der einzigen antifaschistischen Partei, der**

**KPD. — Liste 3!**

**Werde Mitglied der Roten H**

# Mittwoch, 15 Uhr, Erwerbslosen- und Rentner-Versammlung im „Volksp

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0006

# PROLETARISCHES FEUILLETON

## Proletarierkinder / Von Hans Schwalm

Eine von Rasenanlagen geteilte Verkehrsstraße.

„Achtung! Fertig! Los!"

Fast ein Dutzend blasser Kinder, mit Schulterblättern, die aus- wie die Stummel abgebrochener Flügel, erwarten diesen Be- Fast ein Dutzend Kinderfüße stoßen wie besessen vom Asphalt Rings um die Straßeneinfassung geht die wilde Jagd.

Rollertennen!

Unter den anfeuernden Zurufen der Zurückgebliebenen und einigen Dutzend Erwachsenen als Zuschauer rasen die Kinder ihren Margarinekistendrettern durch den gefahrvollen Verkehr. den Erwachsenen scheint diese Sache größeres „Vergnügen" den Kindern zu bereiten. Sie gesellen sich zu ihnen und setzen Bestpreise" aus.

Die Gefahrmißachtung der Kinder kennt nun keine Grenzen Mitten durch Last- und Personenautos, Traktorenschlepp- hindurch geht die wilde Fahrt.

Eine bürgerliche Berliner Zeitung nannte das Ganze „Sechs- Kanonen auf dem Roller". Ueber die Gründe, weshalb die der Tummelplatz dieser Hinterhofkinder ist, sagte sie selbst- verständlich kein Wort. Auch nicht darüber, daß das nächste Ziel Sieger" stets — der Bäckerladen ist.

★

Schulschluß. Mit lautem Lärmen und Schreien strömen die er auf die Straße. Man merkt ihnen die Freude, endlich frei sein, ordentlich an.

Vor dem Schulgebäudes jedoch ballen sich einige zu einem Knäuel zusammen. Heftiges Gestikulieren und Streiten. werde aufmerksam. Aha! Man handelt mit Zigaretten- ...

„Mensch, du bist woll dämlich", sagt eben ein langaufgeschosse- Lange zu einem vor ihm stehenden kleinen dicken, „ick jeb ... die duften Bilda nich for deine ollen."

Der kleine Dicke, der zu dem Langen mit hagerem Oberkörper Beinen wie Stelzen in seltsamen Kontrast steht, verteidigt Ware stürmisch. Jedoch ohne Erfolg.

Plötzlich nimmt sein Gesicht einen pfiffigen Ausdruck an.

„Na, und wenn ick dir een Paar Stull'n for jede?" fragt er ... Die Wirkung ist überraschend.

„Ja, denn kannste meine janzen haben", meint der Lange hastig ... in den Taschen.

Man tauscht. Der Dicke verstaut seine Bilder, der Lange zer- das Papier und haut in die Stulle rein.

★

...ms der Gesellschaftszentren um 20 Uhr. Die Autoauffahrt ...n und Theater hat ihren Höhepunkt erreicht. Behäbig ... sich in Frack und Seide steckende Bürger aus ihren Auto- ... und Pelzen und trippeln unter dem Riesenschirm des uni- ... Portiers durch den Regen.

Einige Meter daneben steht ein Rudel Jungens in dem ...enden Regen, der ihnen die schlotternden Kleider an den ... klatscht. Die Hände in den unförmigen Hosen vergraben, ...pfbedeckungen, von denen der Regen in Bächen läuft, tief ...cht, mit den teilweise nackt in den viel zu großen Schuhen ...en Füßen stampfend, stehen sie auf der Wacht.

Bei jedem neu einrollenden Auto wird dem Portier ein Ge- ...um die Wagentür geliefert. Lebensgefährliche spiegelnde Fläche des Asphalts, strudelnder Verkehr, aber zehn Meter weit laufen die Jungens den Wagen entgegen, hängen sich an die Türgriffe, schleifen nebenher.

„Mensch, Fritze, der hat bloß großest Jeld", ruft einer aus der Gruppe seinen nicht beachteten „Kollegen" zu, der den Aussteigenden verdutzt nachschaut.

Ein „Salzstangenmaxe" erscheint auf der Bildfläche und unterbricht für einen Augenblick den Betrieb. In dem ihn umringenden Kreis machen zwei ältere die Wortführer. Sie reden auf ihn ein, während von hinten zwei andere unbemerkt eine Salzstange unter dem Plan hervorziehen. Als sie später geteilt werden, meint einer kauend: „Mensch is det doof."

Dann geht die ursprüngliche Tätigkeit weiter. Da kommt der an der Ecke stehende Schupo auf die Gruppe zu.

„Dir habe ich es doch nun schon viermal gesagt, mach daß du weiterkommst!" herrscht er einen kleinen Strubbligen mit Stubsnase an.

„Und wenn Se mir't tausendmal sagen, Sie jeben mir nischt zu fressen", brüllt der und türmt.

★

„Wir leben im Jahrhundert des Kindes", schreibt unsere bürgerliche Presse.

Und nach welchem Prinzip handelt „der alles zerstörende" Bolschewismus, der den Arbeiterkindern Krippen und Heime baut: „Die Kinder sind uns willkommene Gäste am Tische des Lebens!"

## Geheimnisse des Wachstums

### Sowjetgelehrter Gurwitsch erforscht die Zellstrahlung

Die größte Sensation auf der im übrigen recht eintönig und uninteressant verlaufenen „Tagung der deutschen Naturforscher und Aerzte", über die wir schon berichtet haben, war das Referat von Frankenburger über die Bedeutung der photochemischen Prozesse und ihrer Beziehung zu den biologischen (Lebens)-Vorgängen. Frankenburger konnte auf Grund seiner Arbeiten nachweisen, daß neben den Einwirkungen des Sonnenlichtes auf die lebendige Substanz auch innerhalb der Organismen Strahlenwirkungen vorhanden sein müssen. Es gibt ja in der Natur sehr auffällige Leuchterscheinungen an lebenden Wesen, die zunächst Veranlassung für die Untersuchungen Frankenburgers wurden. Die chemischen Vorgänge sind noch nicht gänzlich geklärt. Offenbar liegen dem tierischen und pflanzlichen Leuchten, wie dies z. B. bei Tiefseefischen, Leuchtkäfern und gewissen Algen vorkommt, Verbrennungsvorgänge innerhalb des Körpers zugrunde.

Auf ähnlicher Grundlage, nur von viel größerer Bedeutung, beruht die sogenannte mitogenetische Strahlung, die von Gurwitsch und seinen Schülern an lebenden Zellen festgestellt werden konnte. Durch Umwandlung einer schwefelhaltigen Eiweißverbindung, des „Glutathions", wahrscheinlich auf photochemischem Wege, durch Einwirkung ultravioletter Sonnenstrahlen auf besonders empfindliche Zellteile, kommt es zu einer Gewebestrahlung. Diese wird deswegen „mitogenetisch" genannt, weil sie einerseits bei der Zellteilung entsteht (Mitogenese = Zellteilung), andererseits für die Zellteilung geradezu unerläßlich ist.

Der Vorgang ist etwa so zu erklären. Bei der Teilung einer Zelle innerhalb des Zellverbandes, des Gewebes, wird die durch Lichteinwirkung im Eiweiß gespeicherte Energie in Strahlen umgewandelt. Diese Strahlen beschleunigen den Teilungsvorgang oder rufen ihn geradezu hervor. Hierbei geht ein Teil des Zelleiweißes verloren. Dieser Prozeß setzt sich dann als unendliche Kette weiter fort. Die Gurwitsch-Strahlen sind so schwach, daß sie exakt bisher nicht gemessen werden konnten. Der Nachweis ist nur experimentell erbracht. Gegenwärtig ist man im Moskauer staatlichen Institut für experimentelle Biologie damit beschäftigt, diese Strahlung künstlich hervorzurufen.

Da ohne mitogenetische Strahlung weder Zellteilung noch Wachstum möglich sind, da ohne Sonnenlichteinwirkung kein Anlaß zu dieser Zellstrahlung gegeben ist, liegt die Bedeutung dieser Experimente auf der Hand. Würde es z. B. gelingen, für einzelne Zellgruppen die Strahlung zu verstärken oder abzuschwächen, so könnten damit unerhörte züchterische Erfolge auf allen Gebieten von Viehzucht und Landwirtschaft erzielt werden. In der Heilkunde würde es gelingen, den Krebs wirkungsvoll zu bekämpfen, indem man das Wachstum der Krebszellen durch Verhinderung ihrer Strahlung unmöglich macht. Vorläufig sind das aber noch Wechsel auf die Zukunft, obwohl die Arbeiten der russischen Forscher sich auf diesem Gebiete bewegen. Ist doch dem Institut für experimentelle Biologie eine eigene zentrale Station für experimentelle Züchtungsforschung landwirtschaftlich wichtiger Tiere angegliedert.

Die Bedeutung gewisser Eiweißarten für die Entwicklung pflanzlicher und tierischer Keimlinge, die möglicherweise lediglich auf der Zellstrahlung beruht, hat Professor Engelhardt vom Moskauer Staatlichen Biochemischen Institut erkannt. Die Einspritzung bestimmter Eiweißarten in genau abgegrenzte Teile eines Hühnereies ruft wesentliche Veränderungen in der Größe, Befiederung und vor allem der Wachstumsgeschwindigkeit der ausschlüpfenden Küken hervor. So gelang es aus einer mittelgroßen Hühnerrasse Riesenhühner zu züchten, deren Rieseuwuchs bis in die fünfte Generation hinein vererblich war und sich erst dann zurückzubilden begann. Gegenwärtig ist man dabei, zu untersuchen, wie weit die mitogenetische Strahlung für diese seltsamen Erscheinungen verantwortlich zu machen ist. Die unerhörte wirtschaftliche Bedeutung der Versuche, die hier in der Sowjetunion gemacht werden, braucht wohl nicht erst ausdrücklich betont zu werden.

**Dr. med. Wilhelm Swienty.**

## Momentaufnahme

### ...rsiedelt Otto Braun nach Koburg?

...e deutsche Republik ist eine soziale Republik — das haben ...ialdemokraten schon vor 14 Jahren erklärt. Und wer das ...bezweifelt, der möge mal einen Blick auf die Fürsten unserer ...lik werfen. Wurden sie nicht in jeder Hinsicht humanitär ...ial behandelt? Hat ran ihnen nicht hunderte ...ionen Abfindung gegeben?

...nd in Koburg haben sie sich ihre Zentrale geschaffen. Dort ...en und erfreuen sich der Wohltaten der sozialen Republik. ...ht nur die deutschen Fürsten. Koburg ist ein Sammel- ...ätzer entkrönten Häupter, aller sozusagen arbeitslosen ..., die über ein schönes „Arbeitslosen-Einkommen" ver- ... ohne Sprechen gehen zu müssen. Da findet man z. B. Fer- ... von Bulgarien, Kyril von Rußland und noch viele andere. ...en findet hier alle, die mal geherrscht und heute die ...ihrer Herrschaft genießen.

...n einer ähnlichen Lage befindet sich jetzt Otto Braun, be- ... jetzt nach dem Leipziger Urteil. Er führt weiter den Titel ...cher Ministerpräsident, ohne es zu sein, und bezieht sein ...Ruhegehalt wie in den schönsten Tagen von ...hezumal.

...ch da ist er gerade in Koburg am richtigen Platz. Neben ...nd von Bulgarien und Kyril von Rußland würde es dann ...en Otto von Preußen geben.

### ...ua II

...e war da die Geschichte mit Lazarus? Er war gestorben ...ch soll er von den Toten auferstanden sein. Natürlich nur ...ch Wunder.

...s gleiche Wunder ist nach dem neuesten Bericht des „Völki- ...obachters" dem Führer Adolf passiert. Vor vierzehn Jah- ... erzählt der „Völkische Beobachter", lag Hitler vollständig ... im Lazarett von Pasewalk, und an sein Ohr klangen die ...s Kürassier-Regimentes wie himmlische Musik.

...n kam der 9. November, „die schmachvolle Nachricht von ...ürmlichen Revolte" und — und Hitler wurde sehend, wie ...ige Lazarus lebendig wurde.

...ist Hitler von einer Angst besessen: Heute ist er sehend, ...Millionen, die ihm nachlaufen sind blind. Als Sehender ...sieht er bereits den Tag voraus, an dem die ...n sehend werden und er...

## Auf dem Wohlfahrtsamt

### Reportage einer erwerbslosen Frau

„Tach, Grete, na biste ooch hier?" „Ja Mensch, siehst ja, muß 'n Antrag stellen. Der Kleene muß Schuhe haben, und zu leben haben wir die Woche ooch nischt mehr. Jetzt is uns doch wieder wat abjezogen worden. Zuerst ham wir jedacht, et sind bloß een paar Fennje, aber jetzt merk ick, dat det bei uns jrade det Jasgeld oder een Brot und een Pfund Mariechen ausmacht. Die Kinder kann ick nischt mehr abziehn. Darum eß ick schon morgens nischt mehr, ick wart immer bis Mittag mits Essen, manchmal is mir janz schlecht vor Hunger."

Die Zimmertür öffnet sich, ein behäbiges Männlein erscheint, einen Zahlboogen in der Hand. „Jänicke", ruft er laut. „Ja, hier", und ein verhungert aussehender Prolet schiebt sich durch die Tür. „Hergott, wann komm ick denn endlich ran, jetzt sitz ick schon zwei Stunden hier."

Wieder öffnet sich die Tür. „Frau Hintze". „Ja, hier", und aufatmend verschwindet Grete hinter der Tür. Nach fünf Minuten ist sie wieder draußen. Ihr Gesicht enttäuscht. Tränen glitzern in ihren Augen. „Hast nischt gekriegt, Grete?" fragte die Kollegin. Grete nickt nur, sprechen kann sie nicht. Statt neuer Schuhe für ihren Jungen hat sie nur einen Besohlschein bekommen, und dabei ist das Oberleder doch schon so schlecht. Nur 2 Mark Sonderunterstützung hat sie bekommen, was soll sie damit bloß anfangen? In acht Tagen gibt es wieder die laufende Unterstützung. Wäsche muß sie waschen, keiner hat mehr ein reines Hemd anzuziehen. Seife, Persil, Soda macht 60 Pf., Preßkohlen 30 Pf., Holz 20 Pf., Brot 50 Pf., Margarine 35 Pf., 2 Pfund grüne Bohnen 20 Pf., 10 Pfund Kartoffeln 25 Pf. Grete rechnet nach. Hergott, 2 Mark reichen ja gar nicht, und dabei braucht sie noch soviel.

Grete spürt wütenden Hunger, gestern abend hat sie auch nichts gegessen, sonst hätte sie den Jungen heute hungrig in die ...ule schicken müssen. Ein Rauschen tönt Grete in den Ohren. Sie hört ihren Jungen rufen: „Mutti, Mutti!" Dann nichts mehr. Eine scharf riechende Flüssigkeit bringt Grete wieder zu sich. „Ja, ja, die Hitze und das lange Stehen; kein Wunder, wenn die Frau umfällt." „Wat, Hitze?" hört Grete eine Stimme sagen, „fragen Sie man lieber, wie lange die Frau nischt gegessen hat." Grete wird ganz munter, ja, Hunger hat sie. Immer nur Hunger. Niemals kann man sich satt essen. Jetzt hört Grete nur noch plötzlich eine scharfe, klare Stimme. Alle anderen sind ruhig.

„Gemeinsamer Kampf aller Erwerbslosen — Kampf um unsere Forderungen — Notverordnung — Arbeit und Brot — Antifaschistische Aktion", diese und noch viele andere Worte, die Grete im Moment noch unverständlich sind, tönen an ihr Ohr. Dann brausender Beifall, und dann hört sie singen. **„Völker hört die Signale"**, und immer wieder tönt es in ihren Ohren nach. **„Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun".** Jetzt weiß sie, was ihr die fremden Worte bedeuten sollen. Ja, kämpfen, dann wird es wohl anders werden.

Jetzt kommt Schupo, den Gummiknüppel in der Hand. **„Auseinandergehen"**, schreien sie. **„Halten Sie Ihren Mund". „Und Sie hier kommen mit".** Der Mann, der vorher gesprochen hat, wird aufs Auto gestoßen, einige andere ebenfalls noch. Die Straße wird abgekämmt, das Wohlfahrtsamt wird mit Polizei besetzt. Die Proleten gehen zähneknirschend zur Seite, ihr Haß und ihre Wut spiegeln sich in ihren Gesichtern wider.

**Doch sie wissen: „Einst kommt der Tag, da wir uns bitter rächen, dann werden wir die Richter sein".**

### 538 Arbeiterklubs und 6200 Lesehallen

In vier Jahren des ersten Jahrfünfts hat sich das Netz der kulturpolitischen Anstalten im Moskauer Gebiet bedeutend vergrößert. Die Anzahl der Arbeiterklubs ist von 419 im Jahre 1928 bis 1929 auf 538 im Jahre 1932 gestiegen.

Das Netz der stationären Kinos ist auch bedeutend erweitert. Im ersten Jahr des Jahrfünfts bezifferten sie sich mit 1057, jetzt haben sie die Zahl 1300 erreicht.


**Du mußt lesen:**

**Das XII. Plenum des EKKI. und die KPD.**

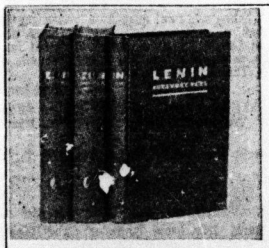
**Tiefer in die Massen**

**Von Walter Ulbricht.**

**Dokumente der Internationale des XII. EKKI.-Plenums.**

**„Die Internationale"**

**Soeben erschienen!**




Vom Marx-Engels-Lenin-Institut autorisierte Volksausgabe in 12 Bänden

Jeder Band RM 2.85

**LENIN, AUSGEWÄHLTE WERKE**

Bisher erschienen:
Band 1: Die Vorbereitungen zur ersten russischen Revolution
Band 2: Der Kampf um die bolschewistische Partei
Zu beziehen durch alle Litobleute und Buchhandlungen

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK / BERLIN


Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0007

# Die werktätige Frau

## Bei einer Hitler-„Dame" im Dienst

### „Im ‚Dritten Reich' dürft ihr nicht mehr stempeln — dann gibt's die Arbeitsdienstpflicht!"

Frau Baumeister Isalohn bewohnt in Berlin am Kurfürstendamm eine Sechszimmerwohnung mit Zubehör. Ihre Hausangestellten halten oft nicht einen Monat bei ihr aus.

Wieder einmal hat Frau Baumeister inseriert. Elise war schon lang arbeitslos. Gedankenvoll betrachtete sie das Inserat:

„Besseres, blondes, deutsches Mädchen, welches schneidern, kochen und den Haushalt selbständig führen kann, wird bei entsprechendem Lohn als Hausangestellte gesucht."

„Ich will es versuchen", sagte sich Elise und sie machte sich auf den Weg.

Die Frau Baumeister ist eine dicke Dame — und Elise bekam keinen kleinen Schrecken, als sie dieselbe zuerst sah — über ihrem dicken Busen prangte eine goldene Hakenkreuzbrosche.

Durch ein langstieliges Lorgnon wurde Elise von Kopf bis zu den Schuhen gemustert.

„Hm", sagte die Dicke, „können Sie kochen?"

„Jawohl, Frau Baumeister."

„Meine Liebe, Sie müssen sich von Anfang an daran gewöhnen, mich „gnädige Frau" zu titulieren. Können Sie waschen, schneidern, können Sie ein Zimmer sehr sauber aufräumen? Ich liebe peinliche Sauberkeit, meine Liebe."

„Ja, Frau Baumeister."

„Aeh, meine Liebe, ich wünsche „gnädige Frau" genannt zu werden. Haben Sie einen Bräutigam?"

„Nein, Frau Bau....., nein, gnädige Frau."

„So, das ist mir lieb. Einen festen Ausgang kann ich Ihnen nicht versprechen. Mein Haushalt besteht aus sechs Zimmern und fünf Personen. Gehalt zahle ich monatlich 25 Mark, ich denke, ich werde es versuchen, Sie zu engagieren."

Elise wurde engagiert und trat ihren Dienst an.

Früh um ½6 Uhr rasselte der Wecker. Nun hieß es schnell aufstehen, Stiefel putzen, die Anzüge für die Herren Söhne und den „Herrn" bürsten. Das Speisezimmer säubern, das Frühstück besorgen. Zwischendurch klingelte des öfteren im Bett die „Gnädige", um ihre Anweisungen zu geben. Als die Dame ihren starken Kaffee getrunken hatte, gab sie großmütig die Kanne an Elise:

„So, mein Kind, wenn Sie hier etwas kochendes Wasser herübergießen, haben Sie noch einen schönen Kaffee. Essen Sie zwei Mußschrippen dazu."

Elise war sehr ausgehungert, und was sollte sie machen. Es begann ein Jammerleben für sie. Die „Gnädige" war ein richtiger Drachen. Sobald sie aufgestanden war und ihr Hakenkreuz angetakelt hatte, stand sie neben der arbeitenden Elise. — „Hier liegt noch Staub, meine Liebe, das liebe ich nicht." — Elise mußte auf den Knien hocken und mit Stahlspänen den Parkettboden abreiben. „Sie müssen kräftiger reiben, meine Liebe, wenn Sie Ihre Arbeit nicht sorgfältiger machen, kann ich Sie leider nicht gebrauchen" — und — Elise rieb den Fußboden so, daß ihr die Schweißperlen nur so herunterrollten. Schälte sie Kartoffeln, so hieß es allemal: „Sie dürfen aber nicht so dick schälen, es ist doch alles so teuer, und von diesen Schalen könnte man ja noch ein Suppe kochen."

So ging es tagein, tagaus — gegen Mitternacht erst kam das Mädel ins Bett. Dabei erhielt sie ein mageres Essen. Die Abfälle, die von ihres „Herrn" Tische fielen.

Dann kam ein Sonntag, an dem Elise der Geduldsfaden riß. Morgens um elf Uhr rief die „gnädige Frau": „Wir essen heute außerhalb. Falls Sie ausgehen wollen, müssen Sie in einer Viertelstunde fertig sein. Sonst muß ich Sie einschließen." Elise war baff. Wollte sie sich nicht einschließen lassen, mußte sie sich in einer Viertelstunde fertig machen. Zeternd wartete die „gnädige Frau" schon an der Wohnungstür. „Machen Sie, machen Sie, daß Sie fortkommen."

„Gnädige Frau", sagte Elise sehr bestimmt, „einschließen lasse ich mich nicht, das ist Freiheitsberaubung und außerdem habe ich ein Mittagessen und ein Abendbrot zu verlangen, wenn ich fortgehen soll."

„Sie freche Person, Sie haben gar nichts zu verlangen", erwiderte die Nazidame. Dann schnitt sie ein paar Stullen zum Abendbrot, außerdem gab sie ihr aus ihrer Geldbörse 28 (!) Pfennig zum Mittagbrot. Hier riß Elise die Geduld. „Wenn ich für die Schufterei bei Ihnen noch hungern soll, dann kann ich lieber stempeln gehen." — „Stempeln gehen", sagte höhnisch die Nazi-„Dame", „nun, die jetzige Regierung zeigt's euch ja schon, aber **laßt erst Adolf Hitler an die Regierung kommen, dann hat es aufgehört mit eurem „stempeln", dann kommt ihr in die Arbeitsdienstpflicht."**

Zu ihrem Glück traf Elise ihre ehemalige Schulkameradin, unsere junge, klassenbewußte Genossin Elli. Die nahm sie mit in eine Frauenversammlung der Kommunistischen Partei und klärte sie auf.

Elise wurde bald aus dieser Stellung, in der sie von Anhängern des „Dritten Reiches" wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt wurde, herausgeworfen; denn sie verstand es jetzt, sich gegen die Schikanen der Hitlerike zu wehren.

Jetzt aber wird sie den Weg aller klassenbewußten Arbeitermädel gehen und sich einreihen in die Front gegen Ausbeuter- und Faschistenherrschaft, in die rote Einheitsfront.

## SA-Ueberfall auf eine Frau

### In viehischer Weise vergewaltigt

**Bochum, 29. Oktober. Die Bochumer Polizei hat drei SS.-Leute und einen SA.-Mann verhaftet, die ein junges Dienstmädchen in die Wohnung eines der Burschen gelockt und sich dort in der gemeinsten Weise an ihm vergangen hatten. Dem Mädchen, das sich vergeblich zur Wehr setzte, wurden buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen. Als Nachbarn aufmerksam wurden, wurde das Mädchen nach Mißhandlungen auf die Straße geworfen. Die vier hatten ihm noch dazu die Geldtasche gestohlen.**

*

Ob sich die drei Mannen Hitlers — gemäß der Nazitheorie — zuerst davon überzeugt haben, ob das vergewaltigte Mädchen auch „rasserein" ist? Jedenfalls haben sie hier einen praktischen Beweis für die „Befreiung der deutschen Frau im Dritten Reich" geliefert.

## Die Nazifrauen werden militarisiert

### — oder „gehören sie ins Haus"?

Die „Nationalsozialistische Frauenwarte" vom 15. berichtet von der Bildung des „Deutschen Frauendienstes". Dieser Verband hat bisher in Berlin, Fürstenwalde, Halle, Dresden und Swinemünde über schutzhelferinnen und weibliche Luftschutzwarte. Kurs geringes Entgelt" sind eingerichtet. Sie umfassen theoretische praktische Uebungen, sogenannte Kellerübungen. In erste wird unterrichtet, wie Kellerräume gas- und splitterfrei gerichtet und zur Aufnahme der Bevölkerung mit Lebensmitteln Feuerschutz und allem sonst Notwendigen für die Durchführung Luftangriffes zu Schutzräumen eingerichtet werden. Am des Artikels wird betont, daß sich hier ein „Betätigungsfeld die Frau auftut, das ihrem fürsorgerischen Betätigungsdrang spricht und das außerdem mutige, unerschrockene und geistesgegenwärtige Frauen heranzieht".

Endlich kommen die Nazis mit der Sprache heraus. hörten wir nur immer von ihnen: „Die Frau gehört ins Haus." Wir hörten, daß sie keine andere Aufgabe hat als zu sein und dem Manne Kinder zu gebären.

Die Nazis vertreten die Interessen der Kapitalisten, wünschen Krieg gegen die Sowjetunion, weil sie einen aus der Krise suchen. Und nun schulen die Nazis ihre damit auch sie für den Kriegsdienst ertüchtigt werden. ihr wahres Gesicht, alles andere leeres Gerede.

Werktätige Frauen! Gebt ihnen die Antwort:
Hinein in die rote Einheitsfront!
**Wählt am 6. November! Aber wählt Liste 3!**

## Die Löhne sinken die Preise steig

Im letzten Vierteljahr stiegen die Preise für Lebens zum Teil bis zu 45 Prozent.

Das Rückenfett ist um 20 Pfennig teurer, Lisen um Schweinekamm um 13 Pf., Wurst um 20 bis 40 Pf., 40 Pfennig.

Das sind nur ein paar kleine Beispiele und erst der Lebensmittelteuerung.

Die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten müssen **nicht nur rüsten zum Kampf**

**gegen Lohnabbau,**

sondern gemeinsam kämpfen

**für Lohnerhöhung**

**Jede Stimme für Liste**

# ECKE für proletarische Kinder!

## Die Partei braucht Munition!

Die Abteilung der Roten Jungpioniere in Podejuch Pommern, meldet:

Am 2. Oktober zogen wir aufs Land. Wir verkauften Zeitungen und gewannen drei Landarbeiterkinder für die Pioniere.

In der 12. IKW. haben wir zwei neue Abteilungen gegründet. 48 Pioniere geworben, alle „Trommeln" verkauft. Weil wir am 2. Oktober auf dem Lande waren, konnten wir nicht für den Wahlfonds der KPD. sammeln gehen. Wir haben das jetzt nachgeholt und an zwei Tagen, 10,35 Mark gesammelt!

**Seid bereit!**

Welche Pionierabteilung macht es dieser kleinen Abteilung in Pommern nach? Wo bleiben Berlin, Ruhrgebiet, Hamburg, Sachsen?

Die Partei braucht Munition! Helft mit, Pioniere! Ihr kennt doch den

**Pionierbefehl.**

Jeder Pionier sammelt für den Wahlfonds der KPD. mindestens eine Mark. Der beste Sammler einer jeden Abteilung wird mit seiner gesammelten Summe der „Trommel" gemeldet. „Die Trommel" überreicht dem besten Sammler aller Abteilungen ein Buch mit einer Widmung des Genossen Ernst Thälmann, dem Führer der Partei.

**Wer holt sich den Preis?**

### Schulstreik in Bermsgrün

Die Kinder in Bermsgrün (Sachsen) turnten bisher in einer Turnhalle, welche die roten Sportler sich erbauten. Die Halle ist groß und mit vielen Geräten ausgestattet, denn Rot-Sport ist dort sehr stark.

Jetzt entdeckt die Schulbehörde plötzlich, daß die Kinder „politisiert" werden, wenn sie in dieser Halle turnen. Deshalb befiehlt sie, den Turnunterricht in der kleinen Bretterbude der „Deutschen Turnerschaft" abzuhalten.

Die Kinder weigerten sich, diesem Befehl nachzukommen. Sie sammelten sich vor der Rot-Sport-Halle. Polizei schlug mit dem Gummiknüppel die Kinder und Eltern auseinander. Schließlich zogen die Kinder mit einer roten Fahne durch die Stadt.

Am Sonnabend traten 70 Prozent der Schulkinder in den Schulstreik. Sie fordern:

Weiterführung des Schulstreiks in der Rot-Sport-Halle.
Freie Lieferung von Heften, Bleistiften und Tinte.

**6. November:**

**Kampftag der Erwerbslosen**

**Kämpft mit Mutter und Vater für unsere Forderungen:**

**Arbeit unseren Eltern — Brot für uns!**

### Die neue „Trommel" ist d

„Die Trommel" Nr. 11 (November) bringt:

Zwei Erzählungen aus den Revolutionstagen 1917 in grad und 1918 in Kiel.

Zwei Erzählungen von der Arbeit der Jungen Pio der Sowjetunion und Deutschland.

Eine Geschichte des Genossen Slang †.

Der Rote Schulvorposten 111, Volksschule (Berlin) b

Unsere erste Schülerversammlung steigt!

Eine Seite für Rot Sport

Unter den Fahnen Friedrichs des Großen.

Was du über den Krieg wissen mußt!

Viele Meldungen und Telegramme aus dem Le Arbeiter- und Bauernkinder.

„Die Trommel" ist 16 Seiten stark und kostet nur 10 Bestellt die neue Nummer beim Verlag: „Die Trommel" C 2, Burgstraße 29, Zimmer 64.

**Lese auch du „Die Trommel**

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0008

# 100 000-Mark-Steuergeschenk an Giftgaskönige

## Das ist die Kommunalpolitik der SPD und der Brandleristen — Statt 40 000 nur noch 5000 Mark für Sonderunterstützungen der Aermsten — Alle KPD-Anträge werden abgelehnt — Haltet Abrechnung, werbt für Liste 3!

M.-R. Pieskeritz. Schon oft ist darauf hingewiesen, daß sozialdemokratische Gemeindevorsteher Kuntz nach der Art seines kleinen Mussolini zu regieren versucht. Alle Vierteljahre aber mal so die Gemeindevertretung zusammen, um zu zeigen, daß die Dienste er inzwischen als sozialdemokratischer Weitervertreter" — den Kapitalisten geleistet hat.

So fand am 20. Oktober wieder einmal eine Sitzung statt. Die KPD-Fraktion beantragte, die Punkte: 2. Etatberatung, 3. Steuervergleich mit den Stickstoffwerken, und 13. Erlaß einer Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung in der Tagesordnung abzusetzen.

Außerdem beantragte die Fraktion, über die Gewährung von Beihilfen für gemaßregelte Pflichtarbeiter und Erhöhung der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung sofort Beschluß zu fassen.

Die Aenderung der Tagesordnung wird von den Sozialdemokraten abgelehnt. Die Beratungen beginnen! Der von der Verwaltung vorgelegte Etat zeigt gegenüber dem Vorjahre gewaltige riesige Abstriche bei allen sozialen Einrichtungen.

**Die Renten der Witwen früherer Gemeindearbeiter werden um 10 Proz. gekürzt, die Ausgaben für die schulärztlichen Untersuchungen um 17 Proz., die Lehr- und Lernmittelausgaben für die Schulen um über 25 Prozent.**

**Der Zuschuß zur Volksbibliothek um 50 Prozent.**

Die Summe für außerordentliche Unterstützungen an besonders dürftige (Schulentlassungsbeihilfen, Weihnachts- und andere Notstandsunterstützungen) **wird von 40000 auf 5000 Mark** herabgesetzt.

Die Kommunisten zeigen auf, wie man durch die Streichung der Polizeikosten, Herabsetzung der Beamtengehälter auf die Grenze von 4000 Mark pro Jahr, Streichung der Entschädigung für den Schöffen, durch Abbau des Dispositionsfonds des Gemeindevorstehers und vor allem durch volle Besteuerung der Piesteritzer Stickstoffwerke, für die sozialen Einrichtungen genug Geld hätte, um die alten Sätze wieder aufstellen könnte.

Nur aber mußte man den Sozialdemokraten Kuntz sehen!

**Immer wieder betonte er die Not der „armen" Stickstoffwerke, die im vergangenen Jahr ein Defizit von 7000 Mark gehabt hätten und deshalb einfach nicht in der Lage sind, wieder 280 000 Mark Steuern aufzubringen.**

Mit der Ansicht dieses Sozialdemokraten müßten die Arbeiter froh sein, wenn die Schlotbarone hin und wieder einmal etwas Steuern zahlten. Die Not der Erwerbslosen und Gemaßregelten interessiert diesen Gemeindevorsteher, diesen Sozialdemokraten überhaupt nicht. Er erklärt dazu einfach:

**„Es ist verboten, den Erwerbslosen und Gemaßregelten eine Sonderunterstützung zu zahlen und ich werde mich schon hüten, mir ein Disziplinarverfahren auf den Hals zu laden.**

Diese Ausführungen und das Abstimmen der SPD-Fraktion zeigt wieder einmal, daß die SPD in ihrer ganzen Politik die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist und daß sie rücksichtslos und brutal alle Notverordnungen der Nazibarone durchführt.

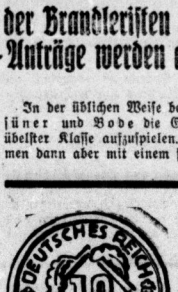
In der üblichen Weise benutzen die Brandleristen Bassüner und Bode die Gelegenheit, um sich als Demagogen übelster Klasse aufzuspielen. Sie wettern gegen den Etat, stimmen dann aber mit einem frommen Augenaufschlag, gerichtet auf den Vertreter des Stickstoffkapitals, gemeinsam mit den Sozialdemokraten dem bürgerlichen Bankrottausweg zu,

**der den Schlotbaronen 100 000 Mark Steuern schenkt und den Aermsten das Letzte nehmen soll.**

Es wurde dann noch über die Festsetzung von Anliegerbeiträgen zu den Kanalisationskosten beraten. Auch hier zeigt sich die „Sozialisierungspolitik" der SPD in voller Größe. Wenn der proletarische Hausbesitzer nicht zahlen kann, gibt ihm die Gemeindeverwaltung ein Darlehen, in Wirklichkeit eine Zwangshypothek auf 20 Jahre. Das ist nach den SPD-Versprechungen ja auch ein Teil Sozialismus, denn nach ihrer Auffassung ist Staatskapital gleich Sozialisierung, auch wenn der Prolet außer seinen Steuern auch noch 20 Jahre lang Zinsen zahlen muß. Diesen Vorschlägen stellte die KPD-Fraktion das schon früher veröffentlichte Finanzierungsprogramm entgegen, das für die SPD, als besondere Schützer kapitalistischer Interessen natürlich nicht annehmbar ist.

Zum Schluß wurde dann noch unter Punkt 13 eine Geschäftsordnung angenommen, mit der das Auftreten in diesem Parlament noch mehr gekneblt werden soll.

Die werktätige Bevölkerung muß den Verrätern an der Arbeiterklasse, den Nazis wie den Sozialdemokraten und Brandleristen, die Antwort geben: In allen Betrieben, auf allen Stempelstellen organisiert die rote Klassenfront. Am 6. November wählt Kommunisten, Liste 3!




## Jeder Wähler

**der Kommunistischen Partei hilft ihr im Kampfe gegen Faschismus und Kapitalismus. Die Kapitalisten warfen Millionen für die Systemparteien aus zur „Rettung" des bankrotten kapitalistischen Staatssystems.**

**Nur einen Groschen gibt jeder kommunistische Wähler, und wir stehen fest gerüstet in der Antifaschistischen Aktion gegen alle Klassenfeinde.**

**Sammler an die Front! — Arbeiter und Werktätige gebt!**

# Sklavenarbeit für 30 Pfennig Tagelohn

## Eine ungeheuerliche Provokation der Bitterfelder Jungerwerbslosen — So soll die Streikbrucharmee organisiert werden — Kämpft geschlossen im KJVD gegen den freiwilligen Arbeitsdienst

(Jungarbeiterkorrespondenz Bitterfeld)

Hunderte von Bitterfelder Jungerwerbslosen erhielten in den letzten Tagen vom Fürsorgeamt des Magistrats ein Schreiben folgenden Inhalts:

**„In Golpa, Gräfenhainichen, Zschornewitz und Großmöhlau werden Aufforstungs- und Kultivierungsarbeiten durchgeführt. Die Arbeitsdienstfähigen erhalten neben freier Unterkunft und Verpflegung ein Taschengeld von wochenläglich 30 Pfennig. Es wird Ihnen anheimgegeben, sich sofort beim Arbeitsamt Bitterfeld behufs Einstellung bei den genannten Arbeiten zu melden.**

**Gez.: Lamscha.**

Verschiedene Jungarbeiter erkundigten sich daraufhin beim Arbeitsamt und erfuhren, daß es sich um freiwilligen Arbeitsdienst handelt. Der Angestellte versuchte den Jungarbeitern den Krampf besonders schmackhaft zu machen. Er erzählte:

**„Die Stadt meint es doch gut mit euch. Ihr erhaltet dort schönes Essen, Arbeitskleidung, könnt dort schlafen und erhaltet noch 30 Pfennig pro Tag, das sind jede Woche 1.80 Mark. Dann die schöne Arbeit im Freien; wäre doch besser, als die ganze Woche auf den Straßen herumlungern."**

Das Letztere dürfte die größte Sorge der Stadtverwaltung sein. Ihr kommt es darauf an, die Jungerwerbslosen von den Straßen fortzubringen, weil sie deren Beeinflussung durch die Kommunisten fürchtet und weil sie den Tag immer näher rücken sieht, an dem die Jungproleten an der Seite ihrer älteren Klassengenossen für Arbeit, Brot und Freiheit kämpfen werden. Nach Auffassung aller Befürworter des Arbeitsdienstes soll die Jugend auf diese Weise wieder „Freude an der Arbeit" eingehämmert bekommen. Gleichzeitig aber sollen sie auch für den vaterländischen Gedanken eingefangen werden. Man will den Jugendlichen glauben machen, daß dies kapitalistische Deutschland ihr Vaterland wäre, das sie verhungern läßt und das sie mit Zwangsarbeit retten sollen.

Die Einpeitscher des Arbeitsdienstes werden wohl selbst sehr schnell zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die Jugend auf diesem Wege niemals wieder Freude an der Arbeit erhalten kann. Es dürfte keinem Freude machen,

**für 30 Pfennig, für Wassersuppen, für etwas Brot mit undefinierbarem Aufstrich und „großzügig" zur Verfügung gestellter Arbeitskleidung zu arbeiten.**

Mit Aufforstungs- und Kultivierungsarbeiten beginnt es und auf diese Weise möchten die Kapitalisten sich eine große Streikbrecherarmee schaffen, die jederzeit in der Lage sein soll, kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Und nicht zuletzt soll die Kasernierung und Militarisierung der Jungarbeiter in den Arbeitsdienstlagern dazu beitragen, Begeisterung für den neuen kommenden imperialistischen Krieg auszulösen.

Jungarbeiter, erkennt die drohenden Gefahren! Reiht euch ein in den Kommunistischen Jugendverband! Kämpft in roter Einheitsfront gegen die Versklavungsmaßnahmen der deutschen Bourgeoisie.

# SPD-Bonzen nehmen das Letzte!

## In der Praxis eines „gemeinnützigen Bauvereins" — Die Werktätigen als Opfer reformistischer Bankrottpolitik — Organisiert die Abrechnung

In Bitterfeld besteht ein sogenannter „Gemeinnütziger Wohnungsbauverein". Es handelt sich um eine Baugenossenschaft, die ausschließlich von Sozialdemokraten geleitet wird. Diese Wohnungsbaugenossenschaften hat vor ein paar Jahren das Prunkstück der von der SPD-Partei gepredigten „Wirtschaftsdemokratie". In diesen Baugenossenschaften sollte der in der kapitalistischen Republik „Sozialismus" am klarsten zum Ausdruck kommen.

Von 2000 Baugenossenschaften in Deutschland sind pleite gegangen, sind daran, trotz aller Sanierungsmaßnahmen und Zuschüsse, trotz der hohen Mieten, trotz der eingezahlten Geldbeträge usw. Zu dem Ueberbleibsel des „praktischen Sozialismus" gehört auch die Baugenossenschaft in Bitterfeld. Die Sozialdemokraten sind am Ende ihres Lateins. Der Teil der Wohnungen steht leer. Die Mieter sind zum Teil erwerbslos und können die hohen Mieten nicht mehr zahlen.

Auf welcher Weise aber die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder dieser Genossenschaft, Krause und Frohwitter, vorgehen, zeigt folgendes Schreiben, das einem Arbeiter übersandt wurde. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

**„Von Ihnen bisher innegehabte Wohnung Karl-Marx-Straße 4 part. links nebst Mansarden ist vom Gruppenvorstand abgenommen worden und sind dabei folgende Mängel festgestellt:**

**Im Flur sind die Wände mit Leimfarbe zu streichen.**

**In der Wohnküche ist der gesamte Anstrich der Oel- und Firnisanwand zu erneuern, desgleichen der Anstrich der einbauten Schränke und des Heizkörpers.**

**Im Bad ist der Oelfarbenanstrich, sowie der Klosettdeckel neu zu streichen.**

**Die Wände im kleinen Zimmer sind mit Leimfarbe zu streichen.**

**Im Mansardenzimmer oben rechts müssen die Wände neu tapeziert werden, desgleichen der Fußboden.**

**Wir stellen Ihnen zur Behebung dieser Mängel eine Frist von 14 Tagen, in der Sie uns mitteilen wollen, ob Sie die Mängel beheben oder nicht. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist nehmen wir an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir diese von uns aus auf Ihre Kosten beheben lassen. Die Rechnung lassen wir Ihnen dann zugehen.**

**Gemeinnütziger Wohnungsbauverein zu Bitterfeld**
(eingetr. Gen. m. b. H.)

**gez.: Gust. Krause, Frohwitter."**

Es handelt sich hier um einen seit langem erwerbslosen Familienvater, der wöchentlich eine Unterstützung **von 11,85 Mark** bezieht. Wie dieser Arbeiter von dem Betrage, der nicht einmal ausreicht, um den notdürftigsten Lebensunterhalt zu kaufen, noch Instandsetzungsarbeiten bezahlen soll, wird wohl das Geheimnis der sozialdemokratischen Bonzen bleiben, die es sicher auch heute noch nicht notwendig haben, mit 11,85 Mark wöchentlich dahinzuvegetieren. Eine derartige Zumutung würde kaum ein ganz brutaler kapitalistischer Hauspascha zu stellen wagen, schon weil er weiß, daß die Forderung doch nicht erfüllt werden kann. Es bleibt wieder einmal Sozialdemokraten überlassen, noch gemeiner und brutaler gegenüber Arbeitern vorzugehen. Das gehört wahrscheinlich auch zu ihren „sozialistischen Erfolgen".

Die werktätige Bevölkerung aber muß mit diesem System abrechnen. Dazu ist auch am 6. November Gelegenheit. Kämpft mit den Kommunisten, wählt Liste 3!

## Der SA-Prolet glaubt nicht mehr recht an den Osaf!

**Öffnet dem irregeführten Nazi-Proleten die Augen!**

Wir 104 Broschüren für die werktätigen Nazi-Anhänger:
- „Potemna"
- „25 Punkte. Das Programm der NSDAP"
- „Los von Hitler! Von ehemaligen Nazi geschrieben"
- „Geheimverhandlung"

## Achtung! Wahlagitation!

Die Polizei macht unserer Wahlagitation die größten Schwierigkeiten. Mit schikanösen Vorschriften wird in erster Linie die Straßenagitation mit Auto und Wagen behindert. Deswegen folgendes beachten:

**Propagandawagen**

können mit Parolen und Plakaten versehen werden. Es darf keine Begleitmannschaft und kein Hornist dabei sein. Zum Broschüren- und Zeitschriftenverkauf sowie Sammeln dürfen Begleiter teilnehmen. Propagandawagen unter Angabe des Stadtviertels oder Ortsgruppe, in denen sie fahren sollen, verkehrspolizeilich anmelden!

**Lautsprecherwagen**

dürfen keine Transparente mit Losungen und keine Plakate tragen. Broschüren- und Zeitungsverkauf sowie Sammeln durch Begleiter gestattet. Für Lautsprecherwagen genügt telephonische Benachrichtigung, wann, wie lange und wo der Wagen fahren soll.

**Autotransporte**

zur Landagitation usw. brauchen nicht angemeldet zu werden, dürfen aber keine Ausschmückung mit Transparenten usw. tragen.

Transparente und Plakate, die aus dem Fenster herausgehängt werden (auch Plakate auf Fahnen), müssen ebenfalls baupolizeilich angemeldet werden und brauchen die Genehmigung des Hauswirtes! Plakate, die von innen ins Fenster gehängt werden, brauchen nicht angemeldet zu werden. Für Plakate, die ohne Wissen des Mieters nachts an die Hauswand geklebt werden, ist der Mieter nicht verantwortlich! Genossen! Trotz Schikanen der Polizei und Hausbesitzer

**Fahnen, Transparente, Plakate heraus!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Montag, den 31. Oktober 1932.

# Die „Roten Agitatoren" unterwegs

„Heda! Los, rein in den Kasten!" Wir drängen uns in die engen Wagen. Alle sind verstaut und dann geht es mit Vollgas ab. Wohin? — „Heute fahren wir nach Gröbers!"

Wir kommen an. Der Saal ist bereits überfüllt. Alles wartet, und als wir kommen, geht es durch die Reihen der Arbeiter. „Sie sin da..." Man kennt uns bereits und weiß, daß wir eine Sprache sprechen, die dem Arbeiter gefällt, und die der Klassengegner nicht gern hört. Deshalb werden wir auch von den Behörden schikaniert, um unser Spiel unmöglich zu machen. Wenn das auch in Gröbers nicht der Fall war, so mußte sich die Behörde trotzdem einen Streich leisten, der fast nicht zu glauben ist.

Der Genosse W. wird von einem Genossen aus dem Saal geholt: „Du sollst mal raus kommen, draußen stehen Genossen vom Kampfbund Dieskau." Draußen wird von den Kampfbundkameraden gesagt, daß es ihnen der Landjäger verbietet, in den Saal zu gehen. Wir gehen sofort zu dem Gendarmen und fragen, mit welchem Recht man unseren Genossen den Saal verbietet. In einem Feldwebelton sagt uns der Herr, wir sollten zum Versammlungsleiter gehen. Und da zeigt uns dieser Genosse den Schein, auf dem vermerkt ist, „daß nur Einwohner des Amtsbezirks Gröbers Zutritt haben". Außerdem darf der Redner nur in deutscher Sprache sprechen...

Ja, was sagt ihr denn nun? So was gibt es! Wir Hallischen Arbeiter haben bisher noch nicht gewußt, daß wir ganz dicht an unserer Stadt ein kleines Königreich „Gröbers" haben. Wir sind der Meinung, daß nur wir das Recht haben, darüber zu bestimmen, wer in unsere Versammlungen kommen kann. Die Arbeiter von Gröbers müssen gegen eine solche Maßnahme ganz entschieden protestieren.

„Heute geht's nach Bitterfeld! Los, rein in den Wagen! Vollgas! Ab!" Wieder ein voller Saal. Schon vorher alles reichlich besetzt. Wir haben diesmal Arbeiter im Saal, die sonst nicht zu uns in Veranstaltungen kommen. Allen haben wir klargemacht, daß sie mit den Kommunisten kämpfen müssen, daß Solidarität in den Kämpfen der Arbeiter eine unbedingte Notwendigkeit ist. Knorke ist's, wenn aus den Besuchern im Saal plötzlich Betriebsarbeiter werden und wenn sie alle in der Betriebsversammlung hören, was der Herr von den freien Gewerkschaften über die Kämpfe der Arbeiterklasse zu sagen hat. Und wenn dann alle für den Streik stimmen, dann freuen sie sich und sind mit uns vollkommen einverstanden.

Beweis: In Bitterfeld 7 Aufnahmen für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und 6 neue Abonnenten für das „Rote Echo".

In allen Veranstaltungen aber ist ein ungeheueres Lachen, wenn die Marionetten des Kapitalismus, der Nazi, der Stahlhelmer und der Gewerkschaftsbürokrat auf die Bühne kommen und von der Antifaschistischen Aktion überrannt werden! Und wenn dann die Truppe vom sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion spricht, und auffordert, alles einzusetzen, damit wir in Deutschland recht bald zum sozialistischen Aufbau schreiten können, wenn wir die Erfolge und Leistungen des Sozialismus in „Traktorostroi" auf der Bühne klarmachen, dann geht ein Beifallssturm durch den Saal und die Arbeiter in allen Orten haben uns das Versprechen abgegeben, alles einzusetzen für den Sieg der Liste 3, für den Schutz der Sowjetunion und für die Freiheit der kommunistischen Presse!

## Bitterfeld-Wittenberg

### Erhöhte Negersteuer wird trotzdem eingetrieben

A.-K. Greppin. Am 18. d. M. fand eine Gemeindevertretersitzung statt, die sich mit der Bürgersteuer beschäftigte. Es wurde beantragt, die Steuer in fünffacher Höhe des Landessatzes zu erheben. Genosse Nitzsche geißelte vor allem das Verhalten der Regierungsinstanzen, wonach kapitalistische Großbetriebe, u. a. auch Wolfarben, große Steuernachlässe gewährt werden, während jetzt von den Aermsten der Armen noch größere Steuerlasten erhoben werden sollen. Diese Kopfsteuer werde niemals von den Kommunisten gebilligt werden können. Nach ihm sprach der bürgerliche Vertreter Konrad, der plötzlich auch sein warmes Herz für die Arbeiter entdeckte und der auch bei der IG beschäftigt ist. Seine Sprache läßt vermuten, daß er schon etwas von den Nazis gelernt hat. Auch „Heil" grüßen kann er schon, wie es in der Naziversammlung am Montag festgestellt wurde. Deshalb konnte er nun auch radikal reden. Also teilte er dann mit, daß die Fraktion der BAG gegen die Erhöhung der Bürgersteuer sei. Ebenso lehnte auch die SPD die Erhöhung ab. Nur der Herr Vorsteher als Verwaltungsoberhaupt ist für die Erhöhung und erklärte dann, daß er diese Erhöhung auf Anweisung des Landrats auch durchführen wird.

Die Arbeiter, Angestellten und Kleingewerbetreibenden haben wieder einmal einen Anschauungsunterricht erhalten, wie es um die Demokratie in dieser Republik bestellt ist. Die Notverordnungsdiktatur regiert, es wird nur noch verfügt und verordnet. Deshalb kämpft mit den Kommunisten, deshalb jede Stimme für die Liste 3 am 6. November.

# Die Arbeiterschaft

**muß in diesen Tagen durch einen Wald von roten Fahnen und Transparenten daran erinnert werden, daß Nichtwählen Hilfe für den Klassenfeind bedeutet. Jeder muß wählen — aber nur Liste 3 — KPD.! Darum: in allen Straßen und Höfen:**

# Rote Fahnen heraus!

# Immer größerer Bruch im Naziladen

## Zwei Referenten, aber Kleinbauern und Landarbeiter verzichten auf den Versammlungsbesuch. Sie kämpfen mit für Liste 3!

A.-K. Mahlitzschen. Die Pfette der Nazis auf dem flachen Lande ist groß! Am Sonnabend hatten sie zwei Versammlungen organisiert. In ihrer Hochburg Döbelditz waren ganze 6 Versammlungsbesucher bei zwei Referenten anwesend. In Mahlitzschen erschienen 19 Mann, dazu wieder zwei Referenten mit einer Schutzkolonne in Stärke von 8 Mann. Trotz langen Wartens blieb der Saal leer und so wurde denn die Versammlung in der Gaststube durchgeführt.

Beide Referenten versuchten ihre Theorie zu vertreten, erhielten aber von dem Genossen Hülsebus eine treffende Abrechnung. Genosse H. wies ihnen nach, daß ohne Hitler kein Papen möglich wäre. Weiter zeigte der Genosse auf, wie im Torgauer Streik von den SPD-Bonzen gemeinsam mit den Nazi-führern der Streikbruch organisiert wurde.

Der zweite Nazi-Referent, ein Lehnert aus Schildau, sprach 1½ Stunde vom Klassenkampf und Volksgemeinschaft, ohne aber ein Wort der Ausführungen des Genossen H. widerlegen zu können. Als er folge auswich, ergriff der Genosse H. dann noch einmal das Wort, zeigte auf, wie die KPD zu der Frage des Klassenkampfes steht und betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl. Gleichzeitig forderte er,

**daß Arbeiter und Kleinbauern in einheitlicher Front gegen Faschismus und Sozialfaschismus aufmarschieren müssen.**

Als die Naziredner sahen, daß ihre Argumente fruchtlos blieben, fing ihr Versammlungsleiter mit dem Elbestreik an und behauptete, daß Kommunisten die ersten Streikbrecher an der Elbe gewesen wären. Sehr treffend wurde ihm darauf erklärt, daß

**wenn dies der Fall sein sollte, derartige Elemente im gleichen Moment nichts mehr mit der Partei zu tun haben, während die SPD-Bürokratie wie die Nazis bewußt den Streikbruch organisieren.**

Zehn Minuten lang versuchte der Naziredner noch ein Wort zu stammeln, dann aber zogen sie davon. Kein Mann kaufte ein Naziblatt. Begeistert aber sagten Arbeiter zu den Genossen H.: **„Mensch, du hast ja aus der Naziveranstaltung eine KPD-Versammlung gemacht!"**

## Weißenfels-Zeitz

### Ein einig Volk von...

(Arbeiterkorrespondenz Weißenfels)

Kürzlich fand in Weißenfels, Lokal „Schumanns Garten", eine Wahlversammlung der Deutschnationalen statt. Die lieben Nazifreunde von der nationalen Front waren auch erschienen. Nazi-Klacke wetterte in der Diskussion gegen die Konkurrenz im nationalen Lager. Nazi-Schäfer machte sich durch ungebührliche Zwischenrufe so bemerkbar, daß sich die Mitglieder des „Deutschnationalen Jugendbundes" um ihn aufstellten. O ja, sie haben so etwas von ihren Brüdern in der SA gelernt. Dies gefiel jedoch dem Nazi-Schäfer nicht und er betitelte die Freunde von der Harzburger Front mit dem Kosenamen „Schweinebande". Darauf wurde er von seinen nationalen Freunden an die Luft gesetzt.

So sieht das wirkliche Gesicht der auf hoher Kulturstufe stehenden Erneuerer Deutschlands aus. Die werktätige Bevölkerung wird dafür sorgen, daß diese Sorte Kultur, die im Arbeiter nur einen Menschen zweiten Grades sieht, am 6. November eine gebührende Abfuhr erhält. Der Liste 3 muß zum Siege verholfen werden. Dies bedeutet auch, einen Schlag gegen die größenwahnsinnigen Nazis geführt zu haben.

### Gold stinkt nicht!

Die durch ihre Lohnabbaupolitik rühmlichst bekannt gewordene Schuhfabrik Trampler in Weißenfels hat einen Katalog ihrer Erzeugnisse herausgegeben. In diesem Katalog finden wir auch Abbildungen von Nazi-Stiefeln, wo die Firma bezeichnenderweise ihre Artikel mit Städte- oder Personennamen, u. a. die Bezeichnung Marke Adolf (der Hitler ist natürlich gemeint) belegt. Die Firmeninhaber, die Herren Lewinsohn, Vater und Söhne, sind bekanntlich Juden. Politisch bekennen sie sich zur Staatspartei und zum Reichsbanner. Hier liefert der Jude dem Nazi die Stiefel und der Nazi marschiert treu und tapfer in den Judenstiefeln fürs „Dritte Reich" und gibt dabei auch noch an, die „Juden" als Mitverantwortliche für das heutige Elend zu bekämpfen. — Weiteres Kommentar überflüssig!!

## Merseburg-Querfurt

### Wohlfahrtserwerbslose dürfen Schlange stehen!

A.-K. Merseburg. Geradezu unerhörte Zustände herrschen am Wohlfahrtsamt in Krähwinkel. Stundenlang müssen die ausgehungerten Proleten bei der Auszahlung der Unterstützungspfennige Schlange stehen. Frauen werden mit ihren Kindern von einer Tür zur anderen verwiesen. Ordnungshüter aber sorgen, daß „Ruhe" und „Ordnung" gewahrt bleibt.

Als kürzlich ein Auto diese Straße durchfahren wollte, lehnten die Proleten es ab, Platz zu machen. Es blieb dem Kosten nichts übrig, als rückwärts wieder zurückzufahren. Auch ein zweites, von der anderen Seite herannahendes Auto konnte nicht durch. Als dies ein entfernt stehender Schupo sah, kam er im Sturmschritt herangelaufen und gab dem Führer des Autos den Befehl: „Immer losfahren!" Was kommt es auch schon darauf an? Im besten Falle könnten ja ein paar Unterstützungsempfänger weniger sein. Um die Autos wird alles in Bewegung gesetzt, darum aber kümmert sich niemand, daß die Unterstützungsempfänger stundenlang auf der Straße ausharren sollen.

Das ist allgemeine Ueberzeugung: Wenn der Bürgermeister Daniel und seine Freunde selbst stempeln gehen müßten, dann wären sie die größten Kommunisten. Hier in Papen-Deutschland aber glauben sie noch alle Mittel zur Unterdrückung der Erwerbslosen anwenden zu können. Es kommt aber immer auf ein festes und geschlossenes Zusammenhalten der Arbeiterschaft an. Nicht schimpfen, sondern mithelfen und mitkämpfen, das sollte sich jeder zur Pflicht machen. Jetzt soll die Winternothilfe wieder in Tätigkeit treten. Mit alten Klamotten und Lumpen glaubt man die Erwerbslosen abspeisen zu können. Für andere Zwecke ist immer Geld genügend vorhanden, niemals aber, wenn es sich um Forderungen der Erwerbslosen handelt.

Das muß anders werden. Deshalb heran an die Arbeit! Rüstet zum 6. November! Mobilisiert alle Werktätigen für die Wahl der Liste 3!

# Bei der Propaganda nicht vergessen

Aus dem Bitterfelder Krankenhaus schreibt ein Genosse:

„Die Stimmung hier unter den Insassen des Krankenhauses für unsere Sache ist gut. Selbstverständlich, es muß immer nachgeholfen werden. Ich muß auch feststellen, daß ich noch einmal meinen „Klassenkampf" bekomme, trotzdem ich ihn pünktlich bezahle. Um so mehr fehlt es noch an geistigem Propagandamaterial. Flugblätter und auch zur Gratisverteilung bestimmte gegebene Zeitungen müssen nach hier gesandt werden. Am 3. November (Ural-Sondernummer des Kl.) brauche ich 25 Stück, am 7. November die gleiche Anzahl.

Außerdem bitte ich zu veranlassen, daß der „Klassenkampf" jeden Tag in meine Hände kommt.

Mit Rot Fr...

In jeder Stadt gibt es Krankenhäuser! In allen Orten gibt es auch in den Krankenanstalten die Propaganda durchzuführen. Vergeßt die Klassengenossen nicht, die gezwungen sind, sich in Anstalten aufzuhalten.

## Trotz allem proletarische Solidarität

A.-K. Greppin. Als dieser Tage für die Kämpfenden Dessauer Arbeiter gesammelt wurde, und dabei auch sehr erfolgreich zu verzeichnen waren, mußte festgestellt werden, daß kaum jemand für die Sammlung das größte Interesse bekundete. Die Sache dazu ist leicht zu verstehen, denn die kapitalistische Gesellschaft kann keinen Streik mehr vertragen, weil dieser die wackelige Wirtschaft noch mehr erschüttert. Deshalb wurde versucht, die Solidarität der Arbeiter und der Geschäftsleute zu unterbinden. Es sprach denn die Polizei bei allen Geschäftsleuten vor, um zu erfahren, ob bei ihnen etwas erpreßt worden wäre oder ob sie Geld gegeben hätten. Ja, ein Landjäger verstieg sich sogar bei einem Geschäftsmann Vorhaltungen zu machen, wie er denn eine Liste noch etwas geben könnte. Natürlich bekam er hier die Antwort, die er nicht erwartet hatte, denn der Geschäftsmann erklärte, er gebe gern und hätte auch freiwillig gegeben, wenn die Not in den Arbeiterkreisen und die Notwendigkeit des Streiks anerkenne.

Aber nicht nur die Geschäftsleute, sondern auch die Kleinrentner mußten bei der Sammlung beauftragt waren, wurden aufgefordert, sie einzuschüchtern. Deshalb gebrauchte die Polizei solche Ausdrücke, wie „Einmal werden wir Sie doch fassen". Das ist heute schon fest: Auch diese Maßnahmen werden keinen Arbeiter abhalten, seine proletarische Pflicht in den Kampfenden Arbeitern zu erfüllen.

## Delitzsch-Torgau

### Wir kämpfen und müssen siegen

A.-K. Mahlitzschen. Am letzten Sonntag ging der Arbeitslose W. Bremsch mit seiner Frau Kartoffeln lesen. Nach vieler Mühe und Arbeit hatten sie zwei Säcke voll beisammen. Auf dem Heimweg, kurz vor Mahlitzschen, wurden sie von dem tapferen Stahlhelmmann Schüttler angehalten, der sie mit dem Motorrad nachgefahren kam. Er behauptete, die Kartoffeln wären gestohlen. Da Schüttler zugleich Amtsvorsteher ist, schlagnahmte er die Kartoffeln und ließ sie zu dem Gemeindevorsteher schaffen. Da half kein Protestieren des erwerbslosen Arbeiters. Herr Schüttler, der Tausende von Zentnern Kartoffeln besitzt, kann natürlich die Not in den Familien der Werktätigen nicht verstehen. Vielleicht soll nun dem hungernden Erwerbslosen den ganzen Sonntag über gearbeitet hat, noch der Prozeß gemacht werden.

Ein ähnlicher Held ist der Rittergutsbesitzer Bätz in Mahlitzschen. Aehrenlesen und Kartoffelstoppeln ist streng verboten. Trotzdem er alles in Hülle und Fülle besitzt, jagt er seinen Landarbeitern täglich vor, daß sie so viel gelesen haben. Wenn dieser Großagrarier anständige Löhne und Arbeitsbedingungen gewähren würde, so würden bestimmt die Aehrenlesen über die er jammert, nicht vorkommen. Hunger tut weh und kennt keine Grenzen. Aber die Arbeiterklasse selbst hat es in der Hand. Wenn das Proletariat erwacht und die Macht erreicht, dann hungert niemand mehr zu hungern. Deshalb muß ein jeder sich in die Klassenfront einreihen, muß ein Mitkämpfer werden in den Reihen der Kommunistischen Partei. Mobilisiert alle Werktätigen und Kleinbauern zum 6. November für Liste 3!

## Die Hitler-Front kommt ins schwanken!

A.-K. Elsterwerda. Wie wir erfahren, wird die Stimmung unter den Nazis am Orte immer gedrückter. Da sprach unter bekannten Nazis herrschte die Auffassung, daß Thälmann tüchtig gewinnen und Hitler verlieren wird. Es kann auch nicht anders sein. Auch in den Reihen der Hitlersteuersoldaten am Orte fängt es mächtig an zu knistern, unter anderem der Bürstenfabrikant Brinker wollte gewirtschaftet. Ein anderer bisher fanatischer Anhänger, ein Geschäftsmann, erklärte: **„Ich habe immer gewählt, da er aber kein festes Programm hat, kommt er mir nicht mehr in Frage."** Auch andere hiesige Geschäftsleute wollen nichts mehr von den Versprechungen auf das „Dritte Reich" hören. Sympathie für die Kommunistische Partei ist im steigenden begriffen.

Diese Tatsachen sind ein Ansporn an alle klassenbewußten Arbeiter und vor allem für die Funktionäre. Jetzt alle Kräfte für den Sieg der Liste 3! Heraus die roten Fahnen! Werbt Mitkämpfer! Organisiert den Massenvertrieb der Kommunistischen Presse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321031-19/fragment/page=0010